



Jahresabo: 20 € Post / 16€ E-mail

Brasilicum

Bundesweiter Zusammenschluss der Brasiliensolidarität

Aktuelle Nachrichten aus Brasilien

Eine Initiative des Runden Tisches Brasilien,
herausgegeben von: Kooperation Brasilien e.V.

Kein Land in Sicht?

SONDERHEFT MST 188/189 - NOVEMBER/DEZEMBER 2009

Zur Vorbereitung der Tagung des Runden Tisches Brasilien in
Zusammenarbeit mit den amig@s do MST

Der Runde Tisch Brasilien ist ein Zusammenschluss von 15 Organisationen der Brasiliensolidarität
(siehe letzte Seite)

Kooperation Brasilien e.V.

KoBra e.V. ist ein Brasilien-Netzwerk im deutschsprachigen Raum mit etwa 85 Mitgliedern. Dazu gehören Vereine, Arbeitsgruppen, Hilfsorganisationen wie auch Einzelpersonen. Sie kommen aus Gewerkschaften, Kirchen, Universitäten, der Umweltbewegung, der Menschenrechtsarbeit und der Entwicklungspolitik. KoBra wurde 1989 auf einem bundesweiten Treffen in Freiburg gegründet und besteht seit 1992 als eingetragener Verein. Wir leisten Öffentlichkeitsarbeit, nehmen politischen Einfluss und unterstützen Initiativen in Brasilien. Unser Anliegen ist es, die Stimmen der sozialen Bewegungen Brasiliens hier hörbar zu machen. Wir mischen uns für eine gerechtere Welt ein – in Brasilien und auch bei uns! Weitere Infos zu uns und über Brasilien: www.kooperation-brasilien.org.

Kooperation Brasilien, KoBra e.V., Kronenstraße 16a, 79100 Freiburg, Telefon: 0761-6006926, Fax: -28, E-Mail: kooperationbrasilien@googlemail.com.

Amigas und amigos des MST / Deutschland

Die amigas und amigos do MST in Deutschland sind ein bundesweites Netzwerk von etwa 100 Einzelpersonen und Gruppen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, das seit 1990 besteht. Hauptziel sind die Verbreitung und Unterstützung der Arbeit der Landlosenbewegung Brasiliens wie auch der Dialog mit der Bewegung in Brasilien. Im Mittelpunkt stand und steht dabei die Mithilfe beim Bau und Betrieb der Bundesschule Florestán Fernandes. Seit 2006 gibt es auch einen Verein, über den die Finanzmittel für die Schule abgewickelt werden. Darüber hinaus organisiert das Netzwerk Infoveranstaltungen, Vorträge und verleiht Ausstellungen.

Es gibt ein europäisches Netzwerk der Freunde der MST, das sich über die Informationsarbeit hinaus um Interventionen in Menschenrechtsfragen, um die Unterstützung von Projekten und die Auseinandersetzung mit internationaler Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik kümmert.

Amig@s do MST / Deutschland: www.mstbrasilien.de, Linkstr. 45a, 65933 Frankfurt, Telefon: 069-38039360, E-mail: ts.amigos.mst@t-online.de.

Runder Tisch Brasilien

Der Runde Tisch Brasilien ist ein Zusammenschluss von fünfzehn Organisationen, die entwicklungspolitisch mit sozialen Bewegungen in Brasilien zusammenarbeiten (siehe hintere Umschlagseite). Er ist sowohl in der Bildungsarbeit, als auch in der Lobbyarbeit aktiv. Im Auftrag des Runden Tisches Brasilien richtet KoBra jährlich im November/Dezember die größte regelmäßige Brasiliertagung der deutschen Solidaritätsszene mit jeweils mehr als hundert TeilnehmerInnen aus und produziert Bildungsmaterialien wie das vorliegende Heft zum jeweiligen Tagungsschwerpunkt. Darüber hinaus organisiert der Runde Tisch Brasilien regelmäßig Gespräche brasilianischer VertreterInnen der sozialen Bewegungen mit hiesigen politischen EntscheidungsträgerInnen. Seit 1993 bringt KoBra für den Runde Tisch Brasilien zehn Mal jährlich das Brasilicum heraus.

Kontakt über KoBra: kooperationbrasilien@googlemail.com



Kein Land in Sicht? Brasiliens Agrarfrage im Zeichen des Klimawandels

Brasilien ist geprägt durch eine extrem ungleiche Landverteilung. Etwa 10% der Bevölkerung besitzen 80% des Landes, während rund 5 Millionen Menschen in Brasilien landlos sind. Die Folge sind gewaltsame Konflikte auf dem Land und massive soziale Konflikte in den Städten. Mit Landbesetzungen und Demonstrationen nimmt die MST die Landfrage in die Hand und setzt sich dabei auch für ein alternatives Entwicklungsmodell ein. Als wesentlicher Akteur im politischen Diskurs treibt sie die Themen Umweltschutz und Klimawandel voran.

Diese Ausgabe des *Brasilicum* bildet einen Schwerpunkt zur Landfrage und zum Kampf der Landlosenbewegung in Brasilien und dient zugleich als Vorbereitungsmaterial für die TeilnehmerInnen der Tagung des Runden Tisches Brasilien, die wir in diesem Jahr gemeinsam mit den FreundInnen der Landlosenbewegung organisieren. Auf der Tagung wollen wir die Landfrage in Brasilien unter die Lupe nehmen und dabei in verschiedenen Foren unterschiedliche Aspekte betrachten. Hierbei werden auch Auswirkungen der derzeitigen Maßnahmen gegen den Klimawandel auf die Agrarfrage in Brasilien eine Rolle spielen. Nicht zuletzt gilt es, gemeinsame Handlungsmöglichkeiten für die Brasiliensolidarität zu entwickeln.

Die Texte können natürlich die gesamte Bandbreite des Themas nicht abdecken. Sie sollen eine Grundlage für die Auseinandersetzung mit dem Thema bilden – weitere Artikel, auch in portugiesischer Sprache, finden sich auf der KoBra-Website unter: KoBra-Veranstaltungen, RTB 2009 (rechts klicken).

Wir wünschen eine angenehme Lektüre!



Quelle: www.brasildefato.com.br



AGRARREFORM

Lula pfeift auf die Agrarreform.....	5
Agrarreform in Brasilien: Ernüchternde Zahlen.....	9
Ein Fünftel der Ländereien gehört nicht den Leuten, die sie eingezäunt haben.....	10
Aktualisierung der Produktivitätszahlen.....	15
Soziale Bewegungen auf dem Land.....	16

FRAUEN

Die MST und die Frauen.....	18
-----------------------------	----

ÖKOLOGISCHE LANDWIRTSCHAFT IM ASSENTAMENTO

Ökologische Landwirtschaft in den Agrarreformgebieten des MST.....	21
--	----

KRIMINALISIERUNG DER LÄNDLICHEN SOZIALEN BEWEGUNGEN IN BRASILIEN

Die Spitze eines Eisbergs.....	25
MST erneut unter Beschuss.....	26

INDUSTRIELLE AGRARPRODUKTION VS. BÄUERLICHE FAMILIENLANDWIRTSCHAFT: DAS BEISPIEL ZELLULOSE

Eukalyptus-Großplantagen.....	30
-------------------------------	----

AMAZONIEN: ENTWICKLUNG, INFRASTRUKTUR UND ILLEGITIME LANDNAHME – DER FALL MP 458

Neues Gesetz legalisiert Landraub in Amazonien.....	34
---	----

KAMPF UM LAND UND ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT

Agrotreibstoffe und Nahrungsmittelproduktion.....	37
---	----

LANDREFORM UND KLIMAGERECHTIGKEIT

Wird das Klima in Amazonien gerettet?.....	39
--	----

KANDIDATENVORSTELLUNG: MARINA, DILMA ODER DOCH PLÍNIO? DIE QUAL DER WAHL...

Frauenpower in Brasilien.....	43
Marina Silva - grüne Hoffnung für Brasilien.....	43
Plínio de Arruda Sampaio: Präsidentschaftskandidat der Linksfront.....	45

Portugiesische Originaltexte aus diesem Heft finden sich auf der KoBra-Website unter: KoBra-Veranstaltungen, RTB 2009 (rechts klicken). Hier sind auch noch weitere ergänzende Artikel zur Vorbereitung auf die Tagung zu finden.

Textos originais em português estão no site da KoBra no menu: KoBra-Eventos, RTB 2009 (menu à direita). Neste link estão também outros artigos sobre o tema do evento.



Lula pfeift auf die Agrarreform

INTERVIEW MIT GUILHERME DELGADO, VON JORGE PEREIRA FILHO, AUS: ADITAL 23. APRIL 2008. FÜR KOBRA AUS DEM BRASILIANISCHEN PORTUGIESISCH ÜBERSETZT VON JÜRGEN STAHN

Guilherme Delgado, ausgewiesener Fachmann für Agrarfragen, war an der Erarbeitung des „Nationalen Planes für die Agrarreform“ im Jahr 2003 beteiligt.

Auf der politischen Agenda des Jahres 2008 des brasilianischen Präsidenten ist die Agrarreform kaum noch auszumachen. Die öffentlichen Ausführungen zu diesem Thema – einst das „Flaggschiff“ der PT und von Lula selbst – wurden immer leiser und seltener. Einweihungen von neuen Ansiedlungen fanden nicht mehr statt. Der „rote Faden“ der zweiten Amtszeit Lulas – das Programm zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums (PAC) – schweigt sich über das Thema Agrarreform völlig aus, das einmal eine Schlüsselrolle in der Entwicklung des Landes eingenommen hatte.

Pereira: *Sie haben an der Erarbeitung des „Nationalen Planes für die Agrarreform“ (PNRA) teilgenommen. Die Koordination lag bei Plínio de Arruda Sampaio. Wie bewerten Sie die Agrarpolitik von Präsident Lula und seinen Plan für die Agrarreform?*

Delgado: Wenn wir sechs Jahre nach der Erarbeitung des Nationalen Planes (PNRA) auf die Entwicklung blicken, die dieses Projekt schließlich genommen hat, müssen wir feststellen, dass die Regierung Lula in Sachen Agrarreform eine Kehrtwendung von 180 Grad gemacht hat.

Im Jahr 2003 begann alles mit einem bescheidenen Programm zur Agrarreform, eigentlich in Fortsetzung der Politik der Vorgängerregierung FHC (Fernando Henrique Cardoso), die im Grunde nur auf Landbesetzungen und andere wichtige Ereignisse im ländlichen Bereich reagierte.

Danach erfuhr die Agrarpolitik Änderungen bis dahin, dass Lula auf jedwedes Programm zur Agrarreform verzichtete. Ein deutlicher Beweis für diesen Kurswechsel ist der absolute Vorrang, den die Regierung heute der Rückkehr zum primären Wirtschaftssektor, d.h. zur Produktion bestimmter landwirtschaftlicher Erzeugnisse und zur Rohstoffgewinnung einräumt. Sie kehrt damit zum Modell der Exportwirtschaft des primären Sektors zurück, in welchem das Agrobusiness die zentrale Rolle spielt.

Was sind denn die Folgen dieser Kehrtwende?

Diese Kehrtwende der Regierung Lula macht jegliche Hoffnung auf eine Agrarreform zunichte und eröffnet keine Perspektiven für den Teil der Bevölkerung, der dem Modell der Exportlandwirtschaft im Wege steht. Die Regierung Lula hat nicht nur das bescheidene Programm zur Agrarreform fallen lassen, das ursprünglich aus dem Arsenal der „Neuen Republik“ stammt, sondern hat auch der industriellen Großlandwirtschaft absolute Priorität eingeräumt. Sowohl für die Umwelt als auch für die Arbeitsverhältnisse, ja für das ganze Land hat diese Wende verheerende Folgen.

Die einschneidende Veränderung in der Politik der Regierung Lula wurde



weder offiziell erwähnt noch im Wahlkampf auf irgendeine Weise erklärt...

In der Tat, es gab keinerlei offizielle Erklärung hierzu. Aber wir können doch die Tatsachen interpretieren und die eindeutige Vorrangstellung der exportorientierten industriellen Landwirtschaft wahrnehmen. Dahinter steht doch die Notwendigkeit, die Zahlungsbilanz Brasiliens im Gleichgewicht zu halten, also die Gegenüberstellung der Werte der Waren und Dienstleistungen in US\$, die ins Land kommen oder es verlassen. Die Regierung hat sich einfach für das Agrobusiness als großen Lieferanten von US\$ entschieden. Dieser Bereich wurde ausgebaut, um das Defizit im Dienstleistungs- und im Industriesektor auszugleichen.



Quelle: ZeroHora—Lotti

Dieses Gleichgewicht zwischen ein- und ausgehenden US\$ war für den brasilianischen Staat immer ein Problem, z.B. während der großen Schuldenkrise 1980. Die Entscheidung zugunsten des Agrobusiness als die Lösung ist also eine entgeltige Antwort?

Gut, bis 2003 war die Zahlungsbilanz des Landes hoch defizitär. Danach aber weist sie dank des exportorientierten Primärsektors Überschüsse aus. Dazu haben vor allem das Agrobusiness und der Bergbau, die sogenannte extraktive Industrie, beigetra-

gen. Das gewährleistet die Zahlungsfähigkeit des Landes. Die Währungsreserven in US\$ erreichten einen Höhepunkt, jetzt allerdings nehmen sie wieder ab. Wir erleben jetzt eine Entwicklung der Entindustrialisierung des Landes und eine zunehmende Abhängigkeit vom Ausland im industriellen Bereich.

Dieses Manöver im Bereich der Agrarpolitik und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung führte dazu, den Export von Gütern des primären Sektors als wichtigstes Element des wirtschaftlichen Wachstums anzusehen. Die wichtigste Option heute ist, die Erzeugung von Produkten wie Soja, Zellulose, Fleisch, Agrotreibstoffen etc. auszubauen.

Dieses Szenario, das von einer vorteilhaften Situation im internationalen Handel abhängt, leistet einer gewissen Spezialisierung Vorschub und schafft Brasilien einen Platz innerhalb der internationalen Arbeitsteilung. Und genau dieser Platz beinhaltet Gefahren und Risiken.

Gegenwärtig exportiert Brasilien dank der großen internationalen Nachfrage gewaltige Mengen, vor allem nach China und Indien. Die Preise für die Exporte sind hoch und das gewährleistet natürlich ein hohes Ergebnis in US\$. Aber diese Strategie der Regierung Lula ist auf lange Sicht sehr gefährlich. Bereits jetzt ist die Zahlungsbilanz wieder defizitär. Das ist für das Gleichgewicht noch nicht gefährlich, aber es ist ein deutliches Signal. Wer eine Politik der offenen Kapitalab- und -zuflüsse betreibt, lässt einen enormen Druck auf die Dienstleistungsbilanz entstehen. Und das ist nicht gut. Irgendwann in nicht allzu ferner Zeit wird das Problem größer



sein. Die Zahlungsbilanz wird zum Ungleichgewicht neigen und wird im Rahmen einer internationalen Liquiditätskrise wird dies zum Vorschein kommen. Kein Land entwickelt sich wirklich, wenn der exportorientierte Primärsektor als Schlüsselbereich solchen Vorrang erhält. Wenn die Nachfrage anderer Länder nachlässt, dann fehlt dem bevorzugten Primärsektor die Verbindung zum Rest der Wirtschaft. Diese Förderung des exportorientierten Primärsektors stammt noch aus den Zeiten der Regierung FHC. Die Regierung Lula hat diese Tendenz noch verstärkt. Für die Entwicklung Brasiliens ist das äußerst verhängnisvoll. Dadurch werden die EigentümerInnen von Vermögen reicher, weil sie von der engen Verbindung zwischen Großindustrie und Großgrundbesitz profitieren.

Eines der Versprechen der Regierung Lula im Zusammenhang mit der Agrarreform war, dass sie mehr auf Qualität als auf Quantität ausgerichtet sei. Nun aber ist der Zugriff auf die Mittel des Pronaf (Programa Nacional de Fortalecimento da Agricultura Familiar; staatliches Förderprogramm für die Familienlandwirtschaft) sehr begrenzt. Nur 15% der Verträge können berücksichtigt werden und die größte Zahl der neuen Ansiedlungen befindet sich im Amazonasgebiet.

Auch wenn im Amazonasgebiet mehr Land zur Verfügung steht, die meisten Arbeitskräfte leben nicht dort! Vor diesem Hintergrund diskutieren wir drei bereits ergriffene Maßnahmen, die das Land zur Geisel der Vorrangstellung des primären Sektors werden lassen.

Die erste ist das Regierungsdekret 422, das die Versteigerung von Staats-

land bis zu 1.500 Hektar durch die Agrarreformbehörde INCRA abschafft. Die andere ist das Dekret 410 aus dem Jahr 2007. Es erlaubt die Beschäftigung von SaisonarbeiterInnen bis zu zehn Monate ohne Vertrag.

Schließlich gibt es da den Fall Raposa Serra do Sol. Dieses (indigene) Gebiet wurde zwar vor drei Jahren offiziell zum Reservat erklärt dennoch aber von LandspekulantInnen (grileir@s) überlaufen. Das Reservat konnte sich nicht konsolidieren, weil eine durch die Justiz unterstützte Medienkampagne dagegen losgetreten wurde. Es gibt geradezu eine nationale Kampagne zur Rechtfertigung der auf dem primären Sektor beruhenden Exportwirtschaft. Ihr gegenüber wird alles andere als rückständig verurteilt.

Rückständig ist aber genau dieses Modell, die Allianz zwischen großem Kapital und Großgrundbesitz. Die Rückständigkeit besteht darin, diesem Modell den Vorrang vor dem industriellen Wachstum, dem Dienstleistungsbereich, der nachhaltigen Landwirtschaft und der Einbeziehung der Familien zu geben.

Verschafft denn das steigende Einkommen des Agrobusiness der ländlichen Bevölkerung nicht mehr Lebensqualität?

Betrachten wir ein klassisches Beispiel: die Herstellung von Ethanol. Seit 2001 wird in Brasilien der Anbau von Zuckerrohr ausgeweitet. Heute werden nach den Statistiken des IBGE (brasilianisches Statistikamt) von 2007 schon 7 Mio Hektar von den insgesamt 62 Mio Hektar landwirtschaftlich nutzbaren Landes vom Zuckerrohr besetzt. Mit dieser Ausdehnung



des Zuckerrohrs, die im Übrigen so weitergehen wird, entsteht im Umfeld ein enormes Demokratiedefizit. Zuckerrohr wird langfristig angepflanzt, schafft wenig Beschäftigung und dominiert schließlich alles. Die Arbeitsverhältnisse sind durch eine unsägliche Ausbeutung der Menschen gekennzeichnet.

Im Umfeld der Zuckerrohrfelder entsteht zwar ein hohes Einkommen aus den Exporten, aber die Verteilung auf die übrige Landwirtschaft, auf die Zuckerrohrmühlen, auf die Zulieferindustrie ist sehr gering. Andere profitieren viel weniger als z.B. bei der Herstellung von Wein in Chile. Beide Bereiche des Agrobusiness sind auf externe Märkte ausgerichtet. Wein aber kann nur auf verhältnismäßig kleinen Flächen angebaut werden.

Vom Gesichtspunkt der Verteilung her gesehen ist unser Produktionsmodell von Zuckerrohr, Soja und Zellulose sehr unvorteilhaft. Es ist unsozial, unökologisch, lässt eine grüne Wüste entstehen. Es verdrängt den Anbau von Nahrungsmitteln des täglichen Bedarfs und damit arbeitsintensive Bereiche. Dieses Modell konzentriert Eigentum und Einkommen ohne eine produktive Kette in Gang zu setzen. Ethanol ist das Produkt einer Technologie, die vor drei Jahrhunderten entwickelt wurde. Es bedarf keinerlei besonderer Kenntnisse, Alkohol herzustellen. Was neu dabei ist, sind spezifische Produkte. Aber dabei gibt es keine technologischen Geheimnisse oder Neuerungen. Bei der Herstellung von Alkohol werden große Flächen belegt, viel Wasser verbraucht und billige Arbeitskraft in geringer Menge angestellt.

Könnte die Regierung Lula eine Agrarreform durchführen, so wie die PT selbst sie forderte, als sie an die Macht kam?

Ich glaube, dass damals selbst die brasilianische Rechte bereit war, Neuerungen zu akzeptieren, weil sie die Wahl verloren hatte. Dass es nicht dazu kam, ist einer riesigen politischen Feigheit geschuldet. Es war eine große Unfähigkeit, Schritte nicht zu gehen, die durchaus möglich gewesen wären.

Heute, mit dieser Vorrangstellung des exportorientierten primären Sektors wäre das viel schwieriger zu bewältigen. So wird den Leuten Sand in die Augen gestreut, um sie glauben zu machen, dass die Probleme gelöst seien.

In Wirklichkeit aber wurde weder das eine noch das andere erreicht. Weder erhielt die wirtschaftliche Entwicklung die richtigen Impulse, noch wurden Ungleichheit und Ungerechtigkeit geringer. Nur die Abhängigkeit von der Weltwirtschaft wird immer größer. Das Agrobusiness wird langfristig nicht den Ausgleich der Zahlungsbilanz gewährleisten. Es wird ein beträchtliches Ungleichgewicht in der Zahlungsbilanz geben, vor allem, wenn die Konjunktur nachlässt. Die sozialen Probleme sind keinesfalls gelöst. Das Agrobusiness schafft nicht die Arbeitsplätze, um tatsächlich Dynamik in den Arbeitsmarkt zu bringen und sich dem Zustand der Vollbeschäftigung zu nähern.

Für die zukünftige Agrarpolitik müssen verschiedene Fragen gestellt und beantwortet werden. Und das gilt nicht nur für den landwirtschaftlichen Bereich sondern für alle Bereiche der Politik.



Agrarreform in Brasilien: Ernüchternde Zahlen

FÜR KOBRA VON KIRSTEN BREDENBECK,
MAI 2009

Zu Beginn seiner Regierungszeit hatte der brasilianische Präsident Lula einen Agrarreformplan ausarbeiten lassen. Dieser endete mit dem Jahr 2007. Ein anschließender Agrarreformplan wurde von der brasilianischen Regierung nicht entwickelt. Knapp 5 Mio brasilianische Familien sind landlos, während gut 4.000 Großgrundbesitzer über 85 Millionen Hektar Land verfügen.

Stattdessen kürzte die Regierung jüngst mit der Begründung der Finanzkrise stark den Haushalt des Ministeriums für Agrarentwicklung. So sank das angesichts gestiegener Bodenpreise ohnehin lachhafte Budget für Enteignungen von ursprünglich knapp 1.000 Mio R\$ um 41% auf 561 Mio R\$. Auch das Budget für die landwirtschaftliche Beratung angesiedelter Familien wurde um 41% gekürzt, der Haushaltsansatz für Bildungsprogramme in Agrarreformsiedlungen sogar um 62% auf 26 Mio R\$. Mit diesen Mittelkürzungen können im Jahr 2009 nach Berechnungen der Landlosenbewegung maximal 17.000

Familien neu angesiedelt werden.

Der Blick auf die Zahlen der letzten Jahre zeigt allerdings, dass viel mehr ohnehin nicht zu erwarten gewesen wäre: Insgesamt wurden zwar nach Regierungsangaben zwischen 2003 und 2007 knapp 500.000 Familien angesiedelt. Das Ziel 1 des Agrarreformplans bestand in 540.000 neu angesiedelten Familien. So gesehen hat die Regierung ihr Ziel fast erreicht. Betrachtet man die Zahlen allerdings genauer, zeigt sich, dass von den 500.000 Familien nur 163.000 in neuen Ansiedlungen unterkamen und damit tatsächlich im Rahmen der Agrarreform Land erhielten – womit sich die Zielerreichung auf knapp 30% verringert. 113.000 der offiziell genannten 500.000 erhielten Landtitel auf das Land, das sie schon bewohnten, und sind damit dem Ziel 2 des Agrarreformplans, Anerkennung bereits bestehenden Besitzes, zuzurechnen. Weitere 171.000 Familien wohnten bereits in Ansiedlungen, die nachträglich anerkannt wurden. Darüber hinaus enthält die Zahl noch 2.000 Familien, die von Staudambauten betroffen waren und umgesiedelt wurden – hier ist es am unzulässigsten, diese Zahl der Agrarreform zuzuschlagen.



Quelle: www.midiaindependente.org



Bei den offiziellen Ansiedlungszahlen von 2008 entpuppten sich sogar nur noch 20.000 der nach Regierungsangaben 70.000 Ansiedlungen als wirkliche Neuansiedlungen. Damit kommt die Lula-Regierung nach bereinigten Zahlen auf einen Jahresdurchschnitt von 23.000 angesiedelten Familien. Laut Angaben der Landpastorale CPT wurden allein im Jahr 2004 aufgrund der aggressiven Exportpolitik der Regierung Lula etwa 40.000 Familien von ihrem Land vertrieben oder zwangsgesäumt – also verloren in einem Jahr mehr Familien ihr Land, als im Jahresdurchschnitt durch die Agrarreform zu Land gekommen sind.

Eine Agrarreform in Brasilien und damit Gerechtigkeit für die Menschen auf dem Lande ist offensichtlich in weite Ferne gerückt. Lula habe nun endgültig die Landreform als politisches Ziel hinter sich gelassen, analysiert der Professor der Universität São Paulo und Experte für Landfragen, Arioaldo Umbelino. Die Agrarreformpolitik der Regierung Lula wurde Umbelino zufolge vor allem davon geleitet, nicht in die Hoheitsgebiete des Agrobusiness hineinzuregieren und Ansiedlungen nur dort durchzuführen, wo sie dem Agrobusiness zugute kommen: Landbesetzungen finden vor allem im Nordosten und Mittleren Westen statt. Die Ansiedlungen gab es vorrangig in Amazonien – so braucht man nicht wirklich an der Agrarstruktur zu rühren. Mit der neuesten Maßnahme zur Regularisierung des Landbesitzes in Amazonien und der Maßnahme zur Aussetzung von Wirkungsstudien beim Straßenbau ist Umbelinos Analyse klar: Luiz Inácio da Silva hat die Agrarreformpolitik durch eine Politik der Landübertragung um jeden Preis ersetzt.

Ein Fünftel der Ländereien gehört nicht den Leuten, die sie eingezäunt haben

INTERVIEW MIT ARIOVALDO UMBELINO, AUS: IHU-ONLINE, 22. APRIL 2009. FÜR KOBRA AUS DEM BRASILIANISCHEN PORTUGIESISCH VON GILBERTO CALCAGNOTTO

Arioaldo Umbelino de Oliveira ist Professor für Agrar-Geographie an der staatlichen Universität von São Paulo (USP) und Direktor der Brasilianischen Gesellschaft für Agrarreform (Abra). Er war Mitglied der Arbeitsgruppe, die 2003 für die Regierung Lula den Entwurf für den Zweiten Nationalen Agrarreformplan ausarbeitete.

IHU On-Line: *Gibt es in Brasilien noch eine Agrarfrage? Ist die Agrarreform immer noch eine Notwendigkeit?*

Arioaldo Umbelino: Unter dem Gesichtspunkt des Produktionsprozesses an sich könnten wir sagen, dass es keine Agrarfrage in Brasilien gibt. Brasilien ist nicht von Nahrungsmittelimporten abhängig, ausgenommen Weizen und gelegentlich auch Reis und Bohnen. Doch Brasilien ist in der Lage, sogar exportfähige Agrarüberschüsse zu produzieren, und es produziert sie auch. Also unter diesem Blickwinkel gäbe es keine Agrarfrage.

Doch wenn man die Agrarfrage im Hinblick auf die Entstehung und Verteilung von Privateigentum an Grund und Boden in Brasilien untersucht, dann ist sie meines Erachtens doch eine Realität, denn ca. 1/5 der Ländereien in Brasilien ist von Menschen eingezäunt worden, denen die



für das Grundeigentum gesetzlich erforderlichen Unterlagen fehlen. Mit anderen Worten: Diejenigen, die sich selbst als Grundbesitzer bezeichnen, sind teilweise keine Grundeigentümer. Außerdem gibt es eine große Zahl sogenannter „posseiros“ [kleiner Landbesitzer durch eine Art Gewohnheitsrecht, Anm. d. Ü.], die nach brasilianischem Recht Anspruch auf die Legitimierung der [von ihnen unwidersprochen jahrelang in Anspruch genommenen und bearbeiteten, Anm. d. Ü.] Landfläche haben, sodass ihnen diese gesetzlich gebotene Korrektur im Sinne des Privateigentums zusteht. Das bedeutet, die Agrarfrage bleibt ungelöst.

Es gibt in Brasilien die größten Großgrundbesitze der Menschheitsgeschichte. Anders gesagt, hier gibt es keine Grenze für die Größe eines Grundeigentums. Das ist – international gesehen – schlicht und einfach eine Abnormität. In diesem Land gibt es private Ländereien, die größer sind als einige seiner Bundesstaaten. Und einige sind sogar größer als zahlreiche Länder der Erde. So ist, wie gesagt, ohne weiteres sichtbar, dass es eine immer noch ungelöste Agrarfrage gibt.

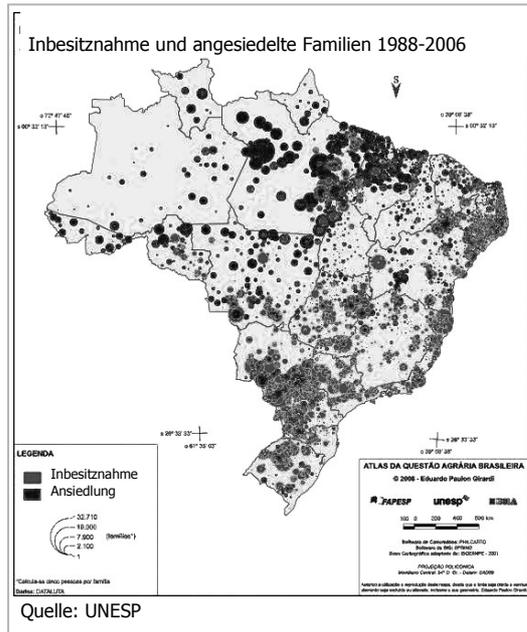
Außerdem gibt es soziale Bewegungen, die für den Zugang zu Grund und Boden kämpfen. Parallel zum Kampf dieser Sozialbewegungen gibt es in Brasilien Segmente der landlosen Kleinbauernschaft, deren Kampfstrategie in neuen Landbesetzungen besteht. Folglich gibt es eine Agrarfrage. Die Frage des Eigentums an Grund und Boden ist ungelöst. Es ist eine permanente Auseinandersetzung. Die Agrarfrage ist höchst aktuell und gehört zum Prozess des Ab-

baus von Gewalt, die es auf dem Land gibt, und zwar gerade deshalb, weil diese Frage weiterhin ungelöst ist.

Wie sehen Sie den aktuellen Prozess der Agrarreform?

Die Agrarreform, wie sie in dem offiziellen Regierungsplan steht, hat zwei Aspekte, die hervorgehoben werden müssen. Zum einen ist es so, dass die jetzige Regierung in ihrer ersten Amtszeit aufgrund des Drucks aus den Sozialbewegungen den „Zweiten Nationalen Agrarreformplan“ aufgestellt und sich zur Ansiedlung von 400.000 Familien in vier Jahren und von weiteren 140.000 im fünften Jahr verpflichtet hat. Das wären also 540.000 Familien in fünf Jahren. Tatsächlich hat aber das Nationale Agrarreforminstitut INCRA dieses Ziel nicht erfüllt, auch wenn es davon spricht, es hinsichtlich der Ansiedlungen mehr als erfüllt zu haben. Doch eigentlich beziehen sich die vom INCRA veröffentlichten Daten auf alle für die Zielgruppe des Agrarreformprogramms ausgestellten Urkunden. Dazu zählen Urkunden, die Neusiedler ebenso betreffen wie bereits bestehende Ansiedlungen, deren Besitztitel zum Zweck eines Zugangs zum PRONAF [Nationalprogramm zur Förderung landwirtschaftlicher Familienbetriebe, Anm. d. Ü.] legalisiert werden; ferner zählen dazu die Quilombolas [Nachkommen afrobrasilianischer BewohnerInnen der von ehemaligen SklavInnen gebauten Wehrdörfer quilombos, Anm. d. Ü.], die Demarkation von Sammlerreservaten, die Umsiedlung von durch Stauseen betroffenen Menschen usw. Nun sind weder die Regelung von Grundeigentumsverhältnissen noch die Umorganisation von





Grund und Boden noch die Umsiedlungen eine Agrarreform im eigentlichen Sinne.

Agrarreform geschieht erst, wenn das INCRA privaten Grund und Boden enteignet oder verfügbare öffentliche Ländereien für Neuansiedlungen nutzt. Das ist Agrarreform, aber das INCRA nimmt diese begriffliche Trennung nicht vor. Es wirft alle Daten zusammen und gibt eine Zahl bekannt, die nicht der Wirklichkeit entspricht. Bei sauber getrennten Daten würden wir auf eine Anzahl von nur 180.000 Familien kommen, die im Rahmen eines Agrarreformprozesses [bis incl. 2008, Anm. d. Red.] tatsächlich angesiedelt worden sind. Ich will damit sagen, dass die Regierung nicht die von ihr selbst versprochene Agrarreform durchgeführt hat. Dabei stehen wir vor der Tatsache, dass die Regierung keine Bereitschaft zeigte, einen dritten nationalen Agrarreformplan aufzustellen. Den Sozial-

bewegungen fällt also nur noch die Aufgabe zu, Aktionen durchzuführen und eine Politik des Drucks umzusetzen, damit die Regierung diesen Prozess wieder aufgreift. Doch die aktuelle Regierung ist noch weiter gegangen. Nicht nur hat sie keine Agrarreform durchgeführt, sondern sie ging gar dazu über, die Regelung von Grundeigentumsverhältnissen vorrangig zu betreiben, d. h. die Konzession von Land an BesitzerInnen gefälschter Grundbesitztitel (grileiros) im gesetzlich definierten Amazonasgebiet [das weit mehr Flächen umfasst als das rein geographisch abgegrenzte Gebiet, Anm. d. Ü.]. Das steht im Widerspruch zum gesamten politischen Programm der Arbeiterpartei PT, die die Übereignung von Land an grileiros nie unterstützt hat.

Wie sollte dieser Prozess aussehen, um das Problem der Landverteilung zu lösen?

Die brasilianische Verfassung legt klipp und klar fest: Das Privateigentum an Grund und Boden ist seiner sozialen Funktion untergeordnet. Das bedeutet Folgendes: Das Privateigentum an Grund und Boden entspricht nicht den anderen Arten von Eigentum. Wenn ein Mensch ein Kraftfahrzeug besitzt, dann kann er es in der Garage verrostet lassen, und keiner wird etwas dagegen sagen können. Das ist sein eigenes Recht, denn er oder sie hat auf jenes Eigentum ein absolutes Recht, solange es die Rechte Dritter nicht verletzt. Anders



verhält es sich beim Privateigentum an Grund und Boden, denn es ist kein bedingungsloses Eigentum und ist an eine produktive Nutzung ebenso gebunden wie an die Einhaltung der Arbeits- und Umweltgesetzgebung. Es dürfen also auch keine Produkte hergestellt werden, die nur den Interessen von HerstellerInnen von Agrargiften förderlich wären. Dies alles würde einen der sozialen Funktionen des Eigentums zuwiderlaufenden Tatbestand ausmachen. Dieser ist in der Verfassung verankert. Heutzutage gibt es in Brasilien 120 Millionen Hektar in Großgrundbesitz, die vom INCRA als "nichtproduktiv" charakterisiert worden sind, weil sie ihrer sozialen Funktion nicht nachkommen. Welche verfassungsmäßige Verpflichtung ergibt sich daraus für das INCRA? Es ergibt sich die Pflicht, diese Großgrundbesitze zu enteignen und sie den Zwecken der Agrarreform zuzuführen, damit sie ihre soziale Funktion erfüllen.

Des Weiteren gibt es in Brasilien zusätzlich ca. 250 Millionen Hektar illegales Land. In Rio Grande do Sul beispielsweise haben die Menschen über praktisch die Hälfte des Landkreises von Bagé keine Besitztitel. Dies wurde festgestellt, weil es die BesitzerInnen selbst erklärten. Es gibt in Rio Grande do Sul ca. 6 Mio Hektar der öffentlichen Hand zugefallenes Land im Besitz von Menschen ohne Besitztitel. Die Funktion des Staates besteht darin, dafür zu sorgen, dass das Verfassungsgebot über die Sozialfunktion des Privateigentums an Grund und Boden eingehalten wird. Es ist also offenkundig, dass es dem Staat obliegt, die Umverteilung dieser Ländereien im Rahmen von Agrarreformprogrammen zu betreiben.

Wie sehen Sie die Handlungsweise der Landlosenbewegung MST (Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra) in der gegenwärtigen Situation?

Als Sozialbewegung, die für Agrarreform und den Zugang zu Grund und Boden, für Bildung, Gesundheit und allen sonstigen jedeR StaatsbürgerIn zustehenden Rechte kämpft, handelt die Landlosenbewegung MST im Einklang mit ihren Zielen. Wenn es in Brasilien eine Agrarreform gibt, dann nur als Ergebnis dieses historischen Kampfes in den 25 Jahren seit Gründung der MST. Diese ist in Brasilien eine politisch bedeutsame soziale Bewegung, weil sie den Staat dazu gezwungen hat, die Durchführung der Agrarreform auf die politische Agenda zu setzen. Ihr politisches Gewicht rührt daher, dass sie dafür sorgt, dass die Rechte der Landlosen im staatlichen Rahmen eingeklagt werden. Es handelt sich also um eine Sozialbewegung mit großem politischem Gewicht für den Prozess einer Demokratisierung des Zugangs zu Grund und Boden und einer Demokratisierung des Privateigentums an Grund und Boden selbst.

Wie schätzen Sie die Erfahrung mit den durch die Agrarreformpolitik durchgeführten Ansiedlungen ein?

Erstens muss man sagen, dass es in der Agrarreformpolitik zwei Grundpfeiler gibt. Der erste betrifft den Zugang zu Grund und Boden, einem Aspekt, den wir als "Grundeigentums politik" (política fundiária) bezeichnen. Hierbei geht es darum, Bedingungen zu schaffen, die einen Zugang zu Grund und Boden ermöglichen, und zwar zu Böden guter Qualität – was aber in Brasilien of-



fenkundig nicht eingetreten ist, denn im Normalfall fanden die Ansiedlungen auf entlegenen Gebieten und auf wenig fruchtbaren Böden statt. Der zweite Grundpfeiler betrifft das wirtschaftliche Ergebnis. Die große Mehrheit der im Rahmen der Agrarreform angesiedelten KleinbäuerInnen ist in die Lage versetzt worden, zumindest einen Zugang zur Produktion von Nahrungsmitteln zu haben. Unter diesem Gesichtspunkt erfüllt die Agrarreform ihre soziale Funktion. Und sie ist nur deshalb nicht fortschrittlicher, weil die Agrarpolitik der verschiedenen Regierungen es nicht erlaubt hat.

Die Regierung Lula hat diese Woche [im April 2009, Anm. d. Red.] eine bedeutende Finanzhilfe für das Agrobusiness angekündigt. Wie sehen Sie diese Entscheidung?

Ich sehe sie so, wie sie sich wirklich zeigt, dass nämlich die jetzige Regierung von Präsident Lula sich vorrangig für das Agrobusiness entschieden hat. So hat er weder eine vorrangige Option für die Agrarreform noch für die Sozialbewegungen getroffen. Deshalb vergibt er weiterhin öffentliche Finanzmittel für diesen Sektor, auf den bereits ein erheblicher Anteil des öffentlichen Haushalts entfällt. Die aktuelle Regierung fährt mit ihrer Politik zur Förderung des Agrobusiness fort, und dies kann das Land meines Erachtens früher oder später zu einer Situation mangelnder Ernährungssicherheit führen. Denn von der berühmten "Körner-Ernte" entfällt der Löwenanteil (gut 80%) auf Soja und Mais, deren Produktion jedoch nicht für den Konsum in Brasilien bestimmt ist, sondern für den Export.

Demgegenüber stagniert die Produktion von Reis, Bohnen und Weizen seit 1992. Dies zeigt, dass die brasilianische Gesellschaft die Ernte verzehrt, die gerade gepflanzt und eingefahren wird. Dies ist ein sehr großes Risiko, denn dadurch kann Brasilien seine Ernährungshoheit verloren gehen. Dies ist ganz offensichtlich eine selbstmörderische Politik.

Nun möchte ich doch auf die Kernfrage der Debatte um die Agrarreform zurückkommen: Ein Fünftel aller Ländereien in Brasilien gehört nicht denjenigen, die sie eingezäunt haben. Das sind diejenigen, die auf Ländereien sitzen, die ihnen unter legalen Gesichtspunkten nicht gehören und die trotzdem für sich das Recht beanspruchen, die Aktionen der Sozialbewegungen zu kritisieren. Für diese wiederum hält die Regierung ihr Versprechen zur Durchführung der Agrarreform nicht ein. Es ist also notwendig, dass sich die brasilianische Gesellschaft über die Notwendigkeit der Agrarreform sowie darüber bewusst wird, dass nur die Agrarreform eine Lebensmittelproduktion in der für Ernährungssicherheit und Ernährungshoheit benötigten Menge sicherstellen können. Außerdem haben die entwickelten Länder erst durch Agrarreformen die Bedingungen für ihre Ernährungssouveränität geschaffen. Es ist offenkundig, dass Brasilien eine Grundbesitzstruktur aufweist, die in hohem Maße auf Eliten konzentriert ist, denen die von ihnen gehaltenen Ländereien nicht einmal gehören. Dies ist widersinnig und illegal. Das muss von den Sozialbewegungen angeprangert werden.



Aktualisierung der Produktivitätszahlen

FÜR KOBRA VON KIRSTEN BREDENBECK,
SEPTEMBER 2009

Mitte August kündigte Lula eine Aktualisierung der Produktivitätszahlen für Latifundien an, die ab 2010 gelten soll, und forderte die beiden Minister für Agrarentwicklung und für Landwirtschaft auf, hierzu eine interministerielle Verordnung zu erlassen. Latifundien, die den Produktivitätszahlen zufolge als unproduktiv eingestuft werden, können in Brasilien enteignet werden. Bei aktuelleren Produktivitätszahlen würden etliche Latifundien mehr als heute als unproduktiv gelten und damit für Landreformzwecke enteignet werden können. Nach Daten einer Studie des Landwirtschaftsministeriums, die es im Juli vorgelegt hatte, hat sich die Produktivität in Brasilien seit 1975 im Schnitt jährlich um knapp 3,7% erhöht, wobei der jährliche Produktivitätszuwachs in den letzten acht Jahren sogar knapp 5,6% betrug.

Die Produktivitätszahlen sollen nun auf den Mittelwert zwischen 1996 und 2007 angepasst werden. Gemäß der brasilianischen Verfassung ist dies alle fünf Jahre vorgesehen, geschah jedoch zuletzt 1980, bezogen auf den Stand von 1975. Damit sind die Produktivitätszahlen hoffnungslos veraltet. Nach Angaben der CPT schätzen die LandbesitzerInnen, dass etwa

400.000 Besitzungen hiervon betroffen sein könnten – das sind etwa 10% der Landbesitze. Grund für den Aufschrei der bancada ruralista (Fraktion der GroßgrundbesitzerInnen im brasilianischen Parlament) dürfte allerdings noch ein weiterer sein: Aktuelle Produktivitätszahlen würden die Steuerlast der GroßgrundbesitzerInnen empfindlich erhöhen, denn die Steuer auf ländlichen Grundbesitz (Imposto Territorial Rural, ITR) orientiert sich an der Produktivität der Region. Und die Steuer ist umso höher, je unproduktiver das Land ist.

Das letzte Jahr der Regierung Lula könnte für lange Zeit auch die letzte Möglichkeit darstellen, Maßnahmen wie die Aktualisierung der Produktivitätszahlen durchzusetzen. Bislang steht die Anpassung jedoch noch immer aus [bis zum Redaktionsschluss Mitte November ist dies noch nicht erfolgt, Anm. d. Red.] und es ist nicht klar, ob sich bis zur Wahl etwas daran ändern wird. Agrarminister Stephanes lehnt eine Anpassung der Zahlen mit dem Hinweis auf die Wirtschaftskrise ab.



Quelle: www.mstbrasilien.de/



Soziale Bewegungen auf dem Land

Aus: ADITAL, 21. OKTOBER 2009, KONJUNKTURANALYSE – OKTOBER 2009, DANIEL SEIDEL, CONSELHO PERMANENTE DA CNBB (KEIN OFFIZIELLES DOKUMENT DER BRASILIANISCHEN BISCHOFSKONFERENZ). FÜR KOBRA AUS DEM BRASILIANISCHEN PORTUGIESISCH VON JÜRGEN STAHN.

In den letzten Wochen erwartete die brasilianische Gesellschaft von ihrer Regierung die Unterschrift unter die neuen Produktivitätsindizes für die Landwirtschaft. Die Aktualisierung dieser Kennziffern würde die Suche nach nicht entsprechend genutzten Ländereien erlauben, um sie landlosen Familien für neue Ansiedlungen zur Verfügung zu stellen. Damit würde der Prozess der Agrarreform in unserem Land vorangetrieben.

Abgeordnete aus dem Lager der GroßgrundbesitzerInnen und ihre Verbündeten in den großen und einflussreichen Medien taten sich zur Vertei-

digung der Interessen des Großgrundbesitzes zusammen, um die Überarbeitung und Neufassung der Kennziffern zu verhindern, obwohl dies ein ausdrücklicher Auftrag der Verfassung ist und die geplante Überarbeitung den Produktivitätsindizes in der Landwirtschaft Brasiliens aus den neunziger Jahren gelten soll.

Während wir weiter auf Ergebnisse warteten, wurden wir durch verstörende Bilder in Fernsehnachrichten von Angehörigen der Bewegung der Landlosen überrascht, die einen landwirtschaftlichen Betrieb im Bundesstaat São Paulo besetzten und Orangenbäume abschlugen. Die Aufnahmen stammten von der Polizeitruppe São Paulos und wurden eine Woche vor der spektakulären Sendung zu bester Sendezeit von einem Hubschrauber aus aufgenommen. Nach Informationen der Landlosenbewegung sollte mit ihrer Aktion die Aufmerksamkeit auf die Orangenplantage gelenkt werden, die von dem Orangensaftmulti Cutrale illegal auf Staatsland betrieben wird, und der



Ich unterstütze die Agrarreform.

Quelle: <http://www.galizacig.com>



mehr als eine Million Orangenbäume pflanzen ließ. Allerdings wies die MST darauf hin, dass keine einzige Maschine zerstört worden sei, wie die Aufnahmen der Polizei glaubhaft machen wollten.

In der Tat wurde durch die genüssliche und oft wiederholte Verbreitung der Bilder der Zerstörung einer großen Orangenbaumplantage eine Reaktion der GroßgrundbesitzerInnen erreicht, die die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission forderten, um das MST und seine Aktionen untersuchen zu lassen. Dieses Ziel war vor kurzem bei einem vorhergehenden Versuch nicht erreicht worden. Die soziale Bewegung der Landlosen wurde jetzt in eine defensive Ecke gedrängt. Sie gerät durch die unbedachte Aktion ihrer Basis, die von vielen auch abgelehnt wird, stark in Bedrängnis. Dies und auch die erneut sehr aggressive Haltung der GroßgrundbesitzerInnen führt dazu, dass die Bundesregierung das Projekt der Aktualisierung der Produktivitätskennziffern nicht weiter betreibt. Nach Berechnungen der Agrarreformbehörde INCRA wären nur etwa 50.000 der 5,17 Millionen landwirtschaftlichen Betriebe von Enteignung wegen unzureichender Produktivität bedroht.

Bei der Suche nach einer tatsächlichen Demokratisierung des Landeigentums in Brasilien bereiten die sozialen Bewegungen über das „Nationale Forum für Agrarreform“ und die Aktion „Für Gerechtigkeit auf dem Land“ die „Kampagne zur Begrenzung des Landeigentums“ vor, die von der Kommission für Landpastorale CPT vorgeschlagen wurde. In der brasilianischen Gesellschaft sollen Diskus-

sionen über die skandalöse Konzentration von Landeigentum in Brasilien angestoßen und Vorschläge für die Begrenzung der Ausmaße privater Ländereien entwickelt werden.

Neuere offizielle Untersuchungen weisen nach, dass die Landkonzentration in den letzten Jahren noch zugenommen hat: etwa 1% der LandbesitzerInnen verfügt über nahezu 50% des Grund und Bodens in Brasilien.

Als wesentlicher Bestandteil der von der CPT angeregten Kampagne soll am 7. September 2010 eine Volksabstimmung stattfinden, bei der sich die Bevölkerung des Landes über die Notwendigkeit der Demokratisierung des Landeigentums äußern kann. Der Vorschlag findet sich in der „Kampagne Ökumenische Geschwisterlichkeit“ wieder, die 2010 unter dem Thema „Wirtschaft und Leben“ laufen soll.



Die MST und die Frauen

Die Versuche zur Überwindung der Diskriminierung von Frauen innerhalb der brasilianischen Landlosenbewegung MST – Chancen und Grenzen

VON IRMI SALZER, AUS: FRAUENSOLIDARITÄT NR. 107, 1/09, TERRE DES FEMMES.

Die brasilianische Landlosenbewegung MST wurde 1984 gegründet und versucht nach eigenen Angaben drei (miteinander verknüpfte) Ziele zu erreichen: die ländliche Besitzstruktur zugunsten der LandarbeiterInnen und Landlosen zu verändern, eine Agrarreform durchzusetzen und eine gerechtere Gesellschaft zu schaffen. Eines ihrer Prinzipien ist der Kampf gegen jegliche Form der Diskriminierung, so auch gegen die Diskriminierung von Frauen. Inwiefern dieses Prinzip in einer vom Machismo geprägten Gesellschaft wie in Brasilien verwirklicht werden kann, wird im Folgenden ansatzweise diskutiert.

Schon 1989 wurde in den Prinzipien der MST verankert, dass die Partizipation von Frauen auf allen Ebenen der MST gefördert sowie jegliche Ungleichbehandlung von Frauen bekämpft werden soll. Seit 2002 gibt es einen eigenen Sektor der MST, der sich mit Frauen- und Gleichberechtigungsfragen innerhalb wie außerhalb der Organisation beschäftigt. In jedem Zeltlager, jeder Landreformsiedlung sollen Frauen und Männer als RepräsentantInnen dieses „Gender-Sektors“ an einer Neudefinition der Geschlechterbeziehungen arbeiten. Frauen werden speziell zur Teilnahme an Bildungsveranstaltungen und Versammlungen ermutigt, in den Gremien der MST wird ein 50%iger Frauenanteil

angestrebt. Trotz dieser langjährigen Versuche, den „Machismo“ innerhalb der Bewegung zu bekämpfen, sind die geschlechtsspezifischen Hierarchien und Praktiken der Unterdrückung an der Basis der Bewegung nach wie vor allzu präsent.

Kollektive Ermächtigung als Chance

Das zentrale, von der MST angewandte Mittel zur Erreichung seiner Ziele sind Landbesetzungen mit der anschließenden Errichtung von Zeltlagern („acampamentos“). Nach erfolgreicher Besetzung und Legalisierung organisiert die MST ihre Mitglieder in Landreformsiedlungen („assentamentos“). In den Zeltlagern versucht die MST eine kollektive Organisationsform zu verwirklichen, die auf gleicher Präsenz und Wertschätzung von Männern und Frauen basiert. Durch einen möglichst basisdemokratischen Charakter aller Entscheidungsprozesse sollen die Übernahme von Verantwortung und die Partizipation möglichst aller TeilnehmerInnen gefördert werden. Tatsächlich kann die hierarchische geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und die damit einhergehende Ausbeutung weiblicher Arbeit in den Zeltlagern aufgeweicht werden. Die dort stattfindende Sozialisierung des Privatlebens aufgrund räumlicher, strategischer und politischer Notwendigkeiten führt zu einer Aufwertung der Arbeit der Frauen. Ihre produktiven und reproduktiven Tätigkeiten sowie ihre Teilnahme am Kampf um Land werden anerkannt. Nachdem die Isolation von Frauen einer kollektiven Alltagsbewältigung weicht, eröffnen sich Räume weiblicher Interaktion. Dies führt zu



Solidarisierung und Ermächtigung vormals vereinzelter Individuen. Da die soziale Kontrolle in den Zeltlagern sehr ausgeprägt ist, spielt auch die Gewalt gegenüber Frauen eine eher geringe Rolle.

Und wieder alles beim alten...

In den Landreformsiedlungen hingegen findet meist eine Rückkehr zu individualisierten Wohn- und Arbeitsformen statt, eine neuerliche soziale Isolierung der Frauen ist die Folge. Durch die Abgeschiedenheit und die schlechten Transportverbindungen vieler Landreformsiedlungen ist die Individualisierung oft noch stärker ausgeprägt als beispielsweise in einem Dorf oder einer Stadt. Auch die Arbeitsteilung ist wiederum nach herkömmlichen Mustern organisiert: den Frauen werden private und reproduktive Tätigkeiten zugeordnet, den Männern die öffentlichen und produktiven. Bei den wenigen Gelegenheiten zur sozialen Interaktion wie z.B. den Versammlungen sind Frauen sowohl zahlenmäßig als auch hinsichtlich ihrer aktiven Beteiligung unterrepräsentiert. Viele sehen sich außerstande, zu den Treffen zu kommen, da sie „ihre Arbeit“ sonst nicht erledigen könnten oder kleine Kinder zu beaufsichtigen haben.

Die Zuordnung der Frauen zur Privatsphäre führt dazu, dass die Verwaltung und Koordination der Landreformsiedlungen vorrangig in den Händen der Männer liegt. Die meisten der Frauen haben diese Zuord-



Quelle: www.mst.org.br

nungen internalisiert und sehen sie als „natürlich“ an. Wenn sie sich nicht engagieren, dann, weil sie keine Zeit haben oder nicht wollen. Die strukturelle und systematische Ausgrenzung von Frauen wird auf eine Frage der persönlichen Wahl reduziert. Wenn jedoch Siedlerinnen sich nicht mit den ihnen auferlegten Zuschreibungen und Beschränkungen abfinden wollen, stoßen sie immer wieder auf großen Widerstand ihrer Partner bzw. Väter. Das Übernachten außer Haus oder die Reise zu einem Treffen werden schlicht und einfach verboten. In zahlreichen Fällen wagen es die Frauen nicht, sich gegen diese Vorschriften durchzusetzen.

Die Geringschätzung der Frauenarbeit

Neben diesen sozialen und kulturellen Barrieren, denen sich die Frauen im „assentamento“ gegenübersehen, sind es jedoch die Implikationen der hierarchischen geschlechtlichen Arbeitsteilung und der Stellung der Frauen im Produktionsprozess, die eine Überwindung von geschlechts-



spezifischen Unterdrückungs- und Herrschaftsverhältnissen so schwierig machen. Die Geringschätzung weiblicher Arbeit manifestiert sich auf verschiedenen Ebenen:

1. Die Beteiligung der Frauen am Produktionsprozess wird als komplementär, nebensächlich und untergeordnet, als „Hilfeleistung“ wahrgenommen.
2. Hausarbeit und Kindererziehung, die klassischen reproduktiven Tätigkeiten also, werden nicht oder kaum als Arbeit gesehen.
3. Ob Tätigkeiten Wert zugeschrieben wird, hängt davon ab, ob sie von Männern oder Frauen verrichtet werden. Ein Siedler, der im Gemüsegarten arbeitet, verrichtet produktive Arbeit, eine Siedlerin, die eine Kuh melkt, verrichtet „erweiterte Hausarbeit“.
4. Die Verantwortung für sämtliche (Geld-)einkommengenerierende Tätigkeiten obliegt den Männern.

Die hierarchische geschlechtliche Arbeitsteilung, die damit einhergehende Zuordnung von Funktionen und die daraus resultierende Festschreibung von geschlechtsabhängigen Rollen sind im Alltag der MST-Siedlungen also ebenso präsent wie auf allen Ebenen der kapitalistischen Gesellschaft. Wie in vielen sozialen Bewegungen, die sich als links und/oder fortschrittlich verstehen, haben sich aber auch in der MST sowohl Männer als auch Frauen den Diskurs über Gleichberechtigung und die Ablehnung der Unterdrückung der Frau angeeignet. Einstellungen und Werte, die vertreten, propagiert und oft auch geglaubt werden, stehen mit dem alltäglichen Handeln aber allzu oft in Widerspruch.

Chancen und Grenzen

Den EntscheidungsträgerInnen der MST und insbesondere den Frauen an der Spitze der Bewegung sind diese Probleme anscheinend bewusst. Nach langen Jahren des Kampfes und der Auseinandersetzungen innerhalb der Bewegung gibt es Fortschritte. So hat die MST durchgesetzt, dass Landbesitztitel nicht mehr nur auf Männer sondern auf Paare oder auch auf Frauen allein ausgestellt werden. Seit einigen Jahren wird das Problem der mangelnden Präsenz von Frauen bei Versammlungen durch Kinderbetreuungsangebote entschärft. Dadurch ist der Frauenanteil an den Treffen und auch Gremien merklich gestiegen. Auch versucht die MST, in ihren Schulen und Bildungsprojekten kontinuierliche Sensibilisierung in Bezug auf die geschlechtsspezifischen Unterdrückungsmechanismen zu leisten.

Wenn also die Diskriminierung von Frauen und der Machismo innerhalb des MST keinesfalls als ausgeräumt gelten können, sind das Vorhandensein eines Problembewusstseins und vor allem die Formulierung von diesbezüglichen Prinzipien als allgemeine Ziele der Organisation positiv zu bewerten. Solange jedoch die Grundfesten der hierarchischen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung an der Basis der Bewegung nicht erschüttert werden können, dürfte der Weg hin zu Geschlechtergerechtigkeit innerhalb der MST noch ein steiniger sein.



Ökologische Landwirtschaft in den Agrarreformgebieten des MST im Norden von Minas Gerais: Herausforderungen und Möglichkeiten

VON TATIANA GOMES, MST MINAS GERAIS, NOVEMBER 2009, FÜR KOBRA AUS DEM BRASILIANISCHEN PORTUGIE- SICH VON JÜRGEN STAHN.

In Brasilien steht eine Agrarreform heute nicht mehr auf der Agenda nationaler Vorhaben und ist noch weniger Bestandteil von Regierungsprogrammen.

Aus der Verbindung zwischen internationalem Finanzkapital und dem Großgrundbesitz entstand das Agrobusiness, die agroindustrielle Landwirtschaft. Deren Folge ist eine neuartige Produktionsweise, der großflächige Anbau von Rohstoffen für agroindustrielle Produkte. Dafür sind die Mechanisierung der Produktionsprozesse sowie der Einsatz von Agrochemikalien und von gentechnisch verändertem Saatgut in der Landwirtschaft unabdingbare Voraussetzung.

In diesem Modell landwirtschaftlicher Produktion kommt der Anbau von Lebensmitteln für die Bevölkerung nicht vor. Es geht ausschließlich um die Erzeugung börsennotierter Produkte für den Export, die kleinbäuerliche Landwirtschaft findet darin keinen Platz.

Regierung und Medien lassen an dieser Tatsache keinen Zweifel: industrielle Landwirtschaft schafft Devisen, Agrarreform ist verlorenes Geld. Deutlich wird die Einschätzung auch durch die Politik selbst: die für die Familienlandwirtschaft bestimmten

Mittel sind geradezu lachhaft im Vergleich mit den Summen, die dem Agrobusiness zur Verfügung stehen: 15 Mrd Reais gegen 130 Mrd Reais!

Diese neuen Perspektiven lassen Planung und Organisation neuer Regionen bäuerlichen Widerstandes, also unserer neuen Ansiedlungen, immer schwieriger erscheinen. Einerseits müssen wir mit der Geringschätzung der Agrarreform durch die Regierung leben, andererseits werden wir tagtäglich durch agroindustrielle Unternehmen unter Druck gesetzt, weil sie billige Arbeitskräfte suchen, selbstverständlich ohne arbeitsrechtliche Absicherung und weil sie über Pacht billiges Land suchen, um ihre Anbaugelände erweitern zu können.

Vor diesem Hintergrund erscheint der ökologische Landbau, der in den neuen Ansiedlungen und in den provisorischen Lagern praktiziert wird, als wichtige Alternative zur industriellen Landwirtschaft. Ökologische Landwirtschaft bedeutet Leben und ist für die Menschen ein Symbol für die Herstellung von Lebensmitteln und für den Erhalt der Artenvielfalt. Die ökologische Landwirtschaft umfasst ja nicht nur den Verzicht auf Agrochemikalien und gentechnisch verändertes Saatgut, sondern bezieht auch die Zusammenarbeit der Menschen in ihren verschiedenen Ausprägungen sowie die Ernährungssicherheit für die Familien mit ein.

Wir sind fest davon überzeugt, dass die ökologische Landwirtschaft ein bedeutsames Mittel zum Schutz der Umwelt ist. Ohne diesen Schutz wird die bäuerliche Landwirtschaft nicht überleben und schließlich auch die ganze Menschheit nicht. Außerdem befreit sie die Menschen aus der Ab-



hängigkeit vom kapitalistischen Produktionsmodell und wird zu einem wichtigen Werkzeug bäuerlichen Widerstandes.

Das Netzwerk „Bionatur für ökologische Landwirtschaft“ ist eines der Ergebnisse landwirtschaftlicher Erzeugung, genossenschaftlicher Zusammenarbeit und des Umweltschutzes der Landlosenbewegung.

Bionatur hat seinen Ursprung in den Erfahrungen von Erzeugern von Saatgut ökologischer Gemüse im Süden Brasiliens. Das Netzwerk weitete seine Arbeit auf weitere drei Regionen aus, darunter ab 2006 der Norden von Minas Gerais.

Diese Arbeit hat folgende Ziele: wir wollen mit der Zucht von Saatgut und der Erzeugung von gesunden, regionalen Nahrungsmitteln einen Beitrag zur Ernährungssicherheit der Siedler-Familien leisten; wir wollen die Erzielung von Einkommen durch den Verkauf von Saatgut und Gemüse fördern; wir wollen Zusammenar-

beit und Zusammenhalt zwischen den Familien stärken, zur Verbreitung ökologischer Methoden in der Landwirtschaft beitragen und dadurch den Einsatz von chemischen und synthetischen Düngemitteln und gentechnisch verändertem Saatgut verhindern.

Im Norden von Minas Gerais werden vier Flächen von Bionatur zur Saat-zucht, insgesamt 3,5 Hektar, verwandt.

Welches sind nun unsere Erfolge und wo liegen unsere Herausforderungen für die Zukunft? Bei der Ernährungssicherheit und beim Zugang zu Nahrungsmitteln sind wir mit Sicherheit vorangekommen. In sämtlichen Gebieten, in denen es Gemüseanbau von Bionatur gibt, haben sich Vielfalt und Qualität der Nahrungsmittel erheblich verbessert. Wir konnten feststellen, dass dann, wenn die Erzeugnisse aus dem Bionaturanbau für die tägliche Nahrung verwendet werden, alte Menschen und Kinder weniger erkranken. Bislang war es uns allerdings noch nicht möglich, Saatgut in



größerer Menge zu erzeugen. Das ist ein mittelfristiges Projekt. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir größeres Gewicht auf die strategische Komponente der Erzeugung und die Sicherung von Saatgut durch die bäuerlichen Familienbetriebe legen. Wir wollen zunächst erst einmal feststellen, welche der im Norden von Minas angebauten Produkte sich am besten für die Zucht von Saatgut eignen. Die ökologischen Bedingungen in dieser Region unterscheiden sich doch ganz erheblich von denjenigen im Süden des Landes.

Bei der Einführung neuer ökologischer Anbaumethoden sind wir auch ganz gut vorangekommen. Wir haben aber festgestellt, dass wir uns bei den Unterrichtseinheiten und den Planungswerkstätten, die in den neuen Ansiedlungen durchgeführt werden, nicht auf die Erzeugung von Saatgut und Gemüse beschränken dürfen, sondern die gesamte Produktpalette der Siedlerfamilien mit einbeziehen müssen. Es ist unbedingt erforderlich, die landwirtschaftliche Erzeugung in den Ansiedlungen als eine Einheit, als zusammengehörig zu betrachten. Um die Erzeugung von Gemüsesaatgut sinnvoll planen zu können, müssen wir auch die Erzeugung von Milch, die Kleintierzucht, die Feldarbeit während der Regenzeit mit in die Planungen einbeziehen. So muss etwa der Dung von Milchvieh und Schweinen als Kompost oder als biologisches Düngemittel für die Gemüsebeete und die Maniok-, Mais-, Bohnen-, Hülsenfrüchte, Erdnussfelder verwendet werden. Die Abfälle aus der Garten- und Feldproduktion müssen für Tierfutter eingesetzt werden. Es ist wichtig, sogenannte Proteinbanken über den Anbau von Fut-

terpflanzen einzurichten, die auch den Stickstoffgehalt des Bodens in Trockenzeiten sichern. Dadurch kann der Tierbestand gesichert werden. Diese Erfahrungen wurden im semi-ariden Nordosten schon gemacht. Wir müssen auch auf dem Gebiet der Verträglichkeit verschiedener landwirtschaftlicher Erzeugnisse vorankommen, um bereits seit langem degradierte Böden in den Agrarreformgebieten wieder aufzubauen. Dafür ist auch der Anbau von Gründünger sehr wichtig.

Eine ganz andere große Herausforderung ist die Verzögerungsstrategie der Regierung bei der Einführung konkreter Maßnahmen der Agrarreform.

Alle Flächen, auf denen Saatgutzucht stattfindet, werden in den schriftlichen Unterlagen und in den Statistiken der Regierung als Ansiedlungen ausgewiesen.

Allerdings liegt der einzige Unterschied zwischen einem provisorischen Lager (der MST) und diesen Flächen in der von der Regierung ausgestellten Enteignungsurkunde. Die Ansiedlungen sind schon zwischen drei und sieben Jahre alt. Bis heute haben die dort lebenden und arbeitenden Menschen noch keinen Kredit erhalten, der für die von der Agrarreform begünstigten Familien vorgesehen war.

Unter diesen Bedingungen ist es sehr schwierig, die landwirtschaftliche Produktion zur Selbstversorgung und zur Erzielung eines Einkommens aufrecht zu erhalten: die Grundstücke verfügen über keinerlei Infrastruktur wie Wohnhäuser und elementare Versorgung mit Wasser und Kanalisation, es stehen nur wenig Werkzeuge





Quelle: <http://latuff2.deviantart.com/>

und andere Hilfsmittel zur Verfügung, es fehlen landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, es gibt keinen Zugang zu Krediten. Eigentlich haben die Leute nur ihre Hacke.

Zur Lösung dieser Probleme gibt es nur einen Weg: Wir müssen uns über sozialen Druck wehren! Nur wenn wir neue Gebiete besetzen und auf diese Weise den Zusammenhalt zwischen den Familien Landloser stärken, nur wenn wir demonstrieren und die unmittelbare Konfrontation mit Regierung und transnationalen Unternehmen des Agrobusiness wagen, werden wir für unsere durch die Verfassung gewährleisteten Rechte eintreten. Ein praktisches Beispiel dafür, dass die Rechte der Bevölkerung nur durch sozialen Druck zu gewährleisten sind, ist unser „Tag des Widerstandes“, den wir im August 2009 in 11 Bundesstaaten begangen haben.

Nach der Besetzung der Finanzminis-

terien in Brasilia und in den Bundesstaaten erklärte sich die Regierung bereit, die Verhandlungen mit VertreterInnen der MST wieder aufzunehmen. In Minas Gerais waren die Ergebnisse noch besser: Eine Woche nach Beendigung unserer Aktionen, nach der Sperrung einer Überlandstraße in der Nähe von Jequitaiá und der Besetzung des bundesstaatlichen Forstinstitutes (Instituto Estadual de Florestas IEF) in Montes Claros begannen Angestellte der Agrarreformbehörde INCRA und des IEF, die neuen Ansiedlungen im Norden von Minas aufzusuchen, um die Bewilligung und Auszahlung des ersten Kredites und die Regelung der Umweltbestimmungen in den Ansiedlungen vorzubereiten.



Die Spitze eines Eisbergs

Die Kriminalisierung der brasilianischen Landlosenbewegung

VON ROSEANE VIANA, FIAN, FOOD-FIRST NR. 3/2008

Die Kriminalisierung von sozialen Bewegungen und MenschenrechtsverteidigerInnen und die Gewaltakte gegen sie nehmen weltweit zu. Die Ausgeschlossenen werden kriminalisiert, weil sie Hindernisse bei der Umsetzung von Mega-Entwicklungsprojekten darstellen, weil sie keine Wohnung und Arbeit haben, oder weil sie nach Europa migrieren. Bei diesem Prozess der Kriminalisierung schließen sich die großen wirtschaftlichen Interessen auf der Welt zusammen, wie die Regierungen der G8, multinationale Konzerne sowie lokale RichterInnen, Militär und Polizei. Besonders deutlich wird das am Beispiel der Landlosenbewegung in Brasilien.

Seit der Kolonialzeit ist das Problem der Landkonzentration und der riesigen Großgrundbesitze sowie die Ausbeutung der indigenen und schwarzen Bevölkerung ein beständiges Kennzeichen Brasiliens. In den 1970ern gewannen soziale Bewegungen an Kraft, als bestimmte Teile der Bevölkerung wie zum Beispiel Schwarze, Frauen und GewerkschaftlerInnen begannen, das kulturelle und politische Paradigma der Zeit in Frage zu stellen. Soziale Bewegungen wie die Landlosenbewegung MST entstanden im Angesicht der Militärdiktatur, als Ausdruck der Entrüstung („indignação“) gegenüber der massiven Vertreibung der Menschen aus den ländlichen Regionen, die durch die konservative Modernisierung und die Ausweitung der Monokulturen und

des Agrobusiness hervorgerufen wurde. Konservativ war die Modernisierung deshalb, weil sie die politischen und gesellschaftlichen Strukturen unangetastet ließ.

Brennpunkt Rio Grande do Sul

Parallel zur Expansion des agroindustriellen, exportorientierten Landwirtschaftsmodells, das vom Agrobusiness kontrolliert wird, haben sich in den letzten Jahren die Landkonflikte weiter verschärft. Angesichts der Erfolge der Landlosenbewegung sind die konservativen Gruppen gereizt und haben mit Angriffen auf die Landlosenbewegung und mit der Kriminalisierung der MST reagiert. Diese Politik wird von konservativen PolitikerInnen, nationalen und multinationalen Unternehmen des Agrobusiness und von Teilen der Justiz betrieben, aber auch von Institutionen, die eigentlich in Konflikten vermitteln sollten, wie etwa der Staatsanwaltschaft. Dies geschieht vor allem auf bundesstaatlicher Ebene. Seit 2005 behandelt die Militärbrigade des Bundesstaates Rio Grande do Sul mit Unterstützung der Justiz die MST in brutaler Art. Sie ergriff willkürliche Maßnahmen einschließlich der Belagerung von Ansiedlungen der Landlosen durch das Militär, wobei es zu Übergriffen auf Kinder, Alte und Frauen kam. Es folgten einige Vertreibungen von Landlosensiedlungen unter Gewaltanwendung. Im Juni 2008 wurden 300 Familien unter dem Vorwand, dass das Gelände zur Vorbereitung krimineller Aktivitäten verwendet würde, von einem legal gepachteten Landstück vertrieben.



Zersetzung der MST verhindert

Vor Kurzem erhielt FIAN Zugang zu einem Protokoll der Staatsanwaltschaft von Rio Grande do Sul vom Dezember 2007, in dem es hieß, dass ein Bericht verabschiedet worden sei, der die MST als paramilitärische Organisation bezeichnete, sie der Bildung einer Guerilla und kriminellen Vereinigung bezichtigte, und eine juristische Strategie vorschlug, deren Ziel die Auflösung der MST war. Auf dieser Grundlage diskutierte die Staatsanwaltschaft die Möglichkeit, ein öffentliches Gerichtsverfahren mit dem Ziel der Auflösung der MST einzuleiten. Viele der Maßnahmen, die in dem Protokoll genannt waren, wurden umgesetzt, wie zum Beispiel das Verbot von Demonstrationen, die Zerstörung von Lagern und landwirtschaftlichen Flächen nach Landbesetzungen und Eingriffe in die Schulen der Bewegung. Die von der Staatsanwaltschaft im Verbund mit der Justiz und der Polizei des Bundesstaates eingeleiteten Maßnahmen führten zu einer scharfen Reaktion der nationalen wie der internationalen Zivilgesellschaft, unter Beteiligung der internationalen Menschenrechtsinstitutionen. Der politische Druck bewirkte, dass die Staatsanwaltschaft ihren Entschluss, die Auflösung der MST zu fordern, zurücknahm, aber die Vertreibungen, die Gewalt und der Prozess der Kriminalisierung setzen sich bis heute fort.

MST erneut unter Beschuss

FÜR KOBRA VON KIRSTEN BREDEBECK, SEPTEMBER UND NOVEMBER 2009

Anfang September wartete das brasilianische Wochenmagazin *Veja* mit der Titelgeschichte "Im Geldschrank der MST" auf; das Journal *O Globo* und die Zeitung *Estado* berichteten ausführlich über den Artikel. *Veja* habe Zugang zu den Bankdaten von vier Organisationen erhalten, die sie als finanziellen Arm der MST ausgemacht hat. Dies schließt das Magazin u.a. daraus, dass die Organisationen, die in den vergangenen Jahren über Dienstleistungsverträge staatliche Gelder erhielten, Aufträge an MST- und PT-nahe Transportunternehmen, Druckereien und Verlage vergeben haben. Ausgaben seien zudem häufig gerade dann erfolgt, wenn es MST-Demonstrationen gegeben habe. Spenden ausländischer Organisationen seien dem Fiskus nicht angegeben worden. Weiterhin wird den vier Organisationen vorgeworfen, bei der Umsetzung ihrer Bildungsaufträge mit Vereinen zusammenzuarbeiten, deren Führungsköpfe der MST angehören. Der in tendenziösem Tenor geschriebene Artikel zeichnet das Bild eines Komplotts zwischen Lula und der MST zur Finanzierung illegaler Handlungen. Demzufolge würde die MST seither auch nicht mehr die brasilianische Regierung, sondern mit Vorliebe Privatunternehmen attackieren. Fazit der Wochenzeitschrift: Illegale Aktivitäten der MST würden durch die brasilianische Regierung und internationale Organisationen finanziert. Der Leitartikel erschien im Vorwahlkampf





Quelle: www.mstbrasilien.de/

und zudem wenige Tage nach landesweiten Mobilisierungen durch die MST, bei denen mehr Mittel für die Agrarreform und die Aktualisierung der Produktivitätszahlen für Latifundien eingefordert wurden.

Gemeinsam mit weiteren Abgeordneten der DEM ("Demócratas") forderte die Präsidentin der Confederação Nacional da Agricultura e Pecuária do Brasil (CNA, Nationale Vereinigung Land- und Viehwirtschaft), zugleich Sprachrohr der bancada ruralista, Katia Abreu, eine Gemischte Parlamentarische Untersuchungskommission zur Aufklärung der Vorwürfe. Mitte September legte sie die für die Einrichtung einer solchen Kommission notwendigen Stimmen vor – allerdings zogen etwa 40 Abgeordnete ihre Stimme zurück, sodass es zur Einrichtung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission dann zunächst doch nicht reichte. Die MST reagierte unmittelbar, und bezeich-

nete die Forderung nach der Kommission als Repression in Reaktion auf die Diskussion um die Aktualisierung der Produktivitätsindizes. Der Zusammenschluss der brasilianischen NGOs, ABONG (Associação Brasileira das Organizações não Governamentais), kritisierte, die brasilianische Elite versuche, unter Mithilfe von ParlamentarierInnen solche Untersuchungskommissionen als Instrument zu nutzen, strukturelle gesellschaftliche Veränderungen zu verhindern. Am 21. September veröffentlichte die MST ein Manifest, das verschiedene Intellektuelle zu ihrer Verteidigung verfasst haben. Mehr als 4.000 Personen unterzeichneten die Solidaritätserklärung.

Ende September machte dann die Besetzung einer Orangenplantage durch mit der MST verbundene Familien im Bundesstaat São Paulo Schlagzeilen. Bilder von BesetzerInnen, die Orangenbäume fällen, um





Großgrundbesitzer
Die Medien
Militärbrigaden
Staatsanwaltschaft

Quelle: <http://www.altiplano.com.br/Mst.jpg>

dort Felder anzulegen, gingen durch die Medien und lösten landesweit Empörung aus. Eine wichtige Information allerdings fehlte in den Medienberichten: die Tatsache, dass der Orangensaftproduzent Cutrale sich das Land zuvor unrechtmäßig angeeignet hatte, auf dem er Orangplantagen angelegt hat. Seit Jahren produziert das Unternehmen unbehelligt illegal auf Staatsland.

Für die Einsetzung der parlamentarischen Untersuchungskommission aber reichte es nun: Im Oktober hatten genügend ParlamentarierInnen die Forderung nach deren Einrichtung unterzeichnet. Das Parlament hat hiermit weitreichende Untersuchungsbefugnisse, die von der Telefonüberwachung bis zur Aufhebung des Bank- und Steuergeheimnisses reichen. Es ist der dritte Untersuch-

ungsausschuss zur MST in den letzten vier Jahren. Die MST will bei der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH) der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) Beschwerde einlegen.

In puncto Kriminalisierung der Landlosenbewegung durch staatliche Stellen tut sich bereits seit einiger Zeit der Bundesstaat Rio Grande do Sul besonders hervor. Bereits Ende 2007 hatte es im südlichen Bundesstaat Bestrebungen gegeben, die Landlosenbewegung für illegal zu erklären und aufzulösen; dies war gescheitert. Am 3. März dieses Jahres nun ließ die Landesregierung alle MST-Schulen in Rio Grande do Sul schließen. Etwa 200.000 Kinder sind nach Angaben von Labournet hiervon betroffen. Die Schulen haben in der Vergangenheit Anerkennung und Preise



der UNICEF und von diversen LehrerInnenvereinigungen erhalten. Als Begründung für die Schließung diente auch hier ein Artikel der *Veja*, der allerdings bereits vor fünf Jahren erschienen war. In dem Bericht hatte *Veja* den MST-Schulen vorgeworfen, in ihnen würde eine revolutionäre Ideologie gelehrt.

Die Militärpolizei von Rio Grande do Sul geht auch weiterhin mit äußerster Härte gegen die Landlosenbewegung vor. Am 20. August dieses Jahres ließ die Justiz von Rio Grande do Sul die Fazenda Southall in São Gabriel durch die Militärpolizei räumen. Hierbei wurde der 44-jährige Elton Brum, Vater von zwei Kindern, durch etliche Schüsse getötet. Zwar wurde identifiziert, welcher der Militärpolizisten die Schüsse abgegeben hatte, doch wurde dieser nicht in Gewahrsam genommen. Bei der Räumung wurden nach Angaben der MST etliche Menschen durch Granatsplitter, Degen und Hunde verletzt. Die Räumung wird von der Bundesstaatlichen Kommission gegen Folter untersucht. Am 9. September fand in Rio Grande do Sul eine öffentliche Anhörung zu den Vorfällen statt. Der Präsident der Bürgerrechtskommission der Bundesversammlung sieht die Repression gegen die sozialen Bewegungen nicht als isolierten Fall. Im Gegenteil würden diese die politische Orientierung der Landesregierung widerspiegeln. Es handele sich um eine systematische Verfolgung aller Bewegungen, die soziale Rechte einforderten oder gegen die Korruption der Landesregierung protestierten. Der Repräsentant des Landeskomitees gegen Folter wies darauf hin, dass etliche in einem Dossier der CUT (Central Única dos Trabalha-

dores, brasilianischer Gewerkschaftsdachverband) dokumentierte Fälle Charakteristiken der Folter erfüllen.

In Rio Grande do Sul hat sich in den letzten Monaten ein Konflikt zwischen dem schwedisch-finnischen Zelluloseunternehmen Stora Enso und der MST verschärft. Das Unternehmen hatte die jetzige Landesregierung, vor allem die derzeitige Gouverneurin Yeda, nach Angaben der MST im Wahlkampf unterstützt. Die Gouverneurin will nicht vom „Entwicklungspfad“ mit Stora Enso abweichen, verkündete sie unmittelbar nach Schließung der MST-Schulen in Rio Grande do Sul. Es wird vermutet, dass die Aggressionen gegen die Landlosenbewegung im Zusammenhang mit dem Konflikt zwischen Stora Enso und MST steht.



Eukalyptus-Großplantagen

VON VIA CAMPESINA – RIO GRANDE DO SUL – 2006, ZUSAMMENGEFASST VON GISLENE LIMA, NOVEMBER 2009. FÜR KOBRA AUS DEM BRASILIANISCHEN PORTUGIESISCH VON SYLVIA MEYER

Um die Bedrohung von Mensch und Umwelt durch Eukalyptusmonokulturen zu verstehen, ist es notwendig zu wissen, wie und warum sie in Brasilien eingeführt wurden.

Die Eukalyptuspflanze stammt ursprünglich aus den feuchten Regionen Australiens und hat sich wunderbar in Brasilien „eingelebt“. Im Vergleich zu einheimischen Bäumen wächst der Eukalyptus doppelt so schnell. Dafür benötigt er allerdings viel Wasser. In der Wachstumsphase verbraucht ein Stamm durchschnittlich 30 Liter pro Tag. Trotz zahlreicher Flüsse gibt es in Brasilien keine ausgedehnten Feuchtgebiete wie im natürlichen Lebensraum des Baumes in Australien.

Der Anbau des Eukalyptus in Brasilien begann Anfang des 19. Jahrhunderts. Lange Zeit hat der Eukalyptus der Umwelt in Brasilien keinen Schaden zugefügt, da er nur im kleinen Rahmen und verteilt über ein großes Gebiet angepflanzt wurde. Doch im Zuge der weltweiten Papier- und Zelluloseknappheit in den 70er und 80er Jahren des letzten Jahrhunderts weiteten multinationale Konzerne den Anbau auf Großplantagen aus und die so genannten grünen Wüsten entstanden.

Eine Eukalyptusmonokultur in einer Region kann zu schwerwiegenden Störungen des Wasserhaushalts

führen. Die Folge ist Wasserknappheit für andere Pflanzen, durch den sinkenden Grundwasserspiegel aber auch für Mensch und Tier. Die Ufergebiete der Flüsse Amazonas und Solimões, die regelmäßig überschwemmt werden (Várzeas), fallen ebenso wie Berghänge, künstliche Brunnen und kleine Bäche trocken. Die obere Schicht des Bodens trocknet ebenfalls aus, was Veränderungen der Regenzeit mit sich bringt. Feuchtigkeitsmangel erschwert es Kaltfronten, mit ihrem Regen in solche Regionen vorzudringen. Deshalb kommt es dort zu mehr Dürreperioden.

Dazu kommt, dass heutzutage zwecks schnelleren Wachstums genetisch veränderter Eukalyptus angebaut wird oder Klon-Pflanzen zur Vereinheitlichung von Umfang und Dicke der gesamten Kultur verwendet werden. Die notwendige Arbeitszeit in einer Eukalyptusmonokultur wird so um 70% vermindert, die variierten Sorten brauchen allerdings noch mehr Wasser. Nach zwei Eukalyptusernten sind die Böden derart degradiert, dass sie für jedwede Nutzung ungeeignet sind und Jahre brauchen, bis sie sich regeneriert haben.

Am umweltschädlichsten ist jedoch die Verarbeitung des Eukalyptusholzes zu Papier, speziell die Bleichung von Zellulose. Dazu sind mehrere Waschgänge nötig, um Verunreinigungen zu entfernen und das vorher mit chemischen Zusätzen gekochte, pastenartige Holz, aus dem Papier gemacht wird, aufzuhellen. Daher finden sich Papierfabriken immer in Fluss- oder Seenähe.

Der Bleichprozess wurde in Brasilien



auf Chlordioxid umgestellt, um die Bildung von Dioxinen zu vermindern. Obwohl das geholfen hat, die Verseuchung zu verringern, ist das Verfahren immer noch hochgefährlich. Dioxine gehören nachweislich zu den hochgradig krebserregenden chemischen Verbindungen. Auch können sie hormonell bedingte Krankheiten hervorrufen, die Fortpflanzung gefährden, oder das Nerven- und Abwehrsystem schädigen. Trotz Aufbereitung der Abwässer in den Fabriken bleiben die Dioxine im Wasser und gelangen so in die Flüsse, den Boden und letztlich auch die Vegetation und die Nahrungskette.

Die erste Ausdehnung der „grünen Wüste“ war in Espírito Santo, Bahia und Minas Gerais zu verzeichnen. Die Mata Atlântica, der brasilianische Küstenregenwald, und der Cerrado, die Savannen Zentralbrasilens, wurden innerhalb kürzester Zeit von Eukalyptus überzogen. Indigene und traditionelle Bevölkerungsgruppen wurden vertrieben. Allein in Espírito Santo wurden mehr als 40 Dörfer der Völker Tupinikim und Guarani und ca. 10.000 in Quilombos lebende Familien vertrieben.

In Rio Grande do Sul verseuchte die Papierindustrie ganze Flüsse und verursachte, dass Regenzeiten ab- und Dürreperioden zunehmen. In der gesamten Pampa (die die Hälfte von Rio Grande do Sul und ganz Uruguay umfasst – einem Staat mit bereits mehr als einer Millionen Hektar Eukalyptusplantagen) gibt es ein ökologisches Ungleichgewicht. Zwischen 2004 und 2006 mussten einige Städte, beispielsweise Bagé, das Wasser für die Stadtbevölkerung rationieren. In der Region gab es ebenfalls eine

Überpopulation von Mönchssittichen. Dieser Vogel gehört zu den wenigen Vogelarten, die sich an die Bedingungen der grünen Wüste angepasst haben. Die unkontrollierte Vermehrung der Papageienart führte innerhalb weniger Stunden zur Vernichtung von Mais- und Sonnenblumenkulturen.

In Encruzilhada do Sul, 162 km von Porto Alegre entfernt, wurden KleinbäuerInnen dazu gezwungen ihre Felder zu verlassen, da sie von der grünen Wüste umzingelt waren. Ihre Quellen und Brunnen fielen trocken und dem Vieh blieb nicht genug Weidefläche. Diejenigen, die bisher noch geblieben sind, fühlen sich isoliert. Die Gemeinden in der Region sind verschwunden, die Schulen geschlossen und der Zugang zur Gesundheitsversorgung ist problematisch. Den BäuerInnen fehlt die Perspektive und so verkaufen sie ihre Ländereien an die Papierfabriken.

Darüber hinaus sind gerade drei große Zellulose- und Papierhersteller dabei, sich in Rio Grande do Sul zu etablieren: Aracruz, Votorantin und Stora Enso. Nach drei Jahren hatten sie 300.000 Hektar Anbaufläche für Eukalyptus und Soja aufgekauft – und bis 2015 wollen sie noch eine Million Hektar dazu erwerben.

Bei der Größe eines Familienbesitzes zwischen 15 und 20 Hektar könnten auf der von den drei Unternehmen gekauften Fläche 16.500 Familien ihr Auskommen finden. Internationale Untersuchungen zeigen, dass pro 187 Hektar Eukalyptus nur eine Arbeitsstelle geschaffen wird. Die familiäre Landwirtschaft dagegen schafft pro 9 Hektar eine Stelle. Basierend auf diesen Daten ist davon auszugehen,





Quelle: <http://www.rel-uita.org/agricultura/ambiente/>

Grande do Sul und in anderen Regionen Brasiliens.

Die drei Zellulose- und Papierunternehmen, die den brasilianischen Markt dominieren, sind eigentlich ein und derselbe kleine Kreis von Akteuren. Die norwegische Lorentzen Gruppe hält 28% an Aracruz, weitere 28% von Aracruz gehören der Safra Bank mit Haupt-

300.000 Hektar „grüne Wüste“ kaum mehr als 1.600 Personen Arbeit gibt. Würde die Fläche zur Landreform genutzt, könnten auf ihr 33.000 Menschen leben.

Augenfällig ist, dass in Rio Grande do Sul in den letzten 25 Jahren nur wenig mehr als 12.000 Familien angesiedelt wurden, die ein Gebiet von ca. 250.000 Hektar besetzen. Dagegen gab es für die innerhalb von drei Jahren aufgekauften 300.000 Hektar Land auch noch eine öffentliche Finanzierung durch die nationale Entwicklungsbank (BNDES).

Ein weiterer wichtiger Faktor ist, dass man in der Produktion von Holz für Zellulose und Papier und die Möbelindustrie nur in ca. 20% des Produktionssystems mit KleinbäuerInnen zusammenarbeitet. Die Strategie ist, nicht von anderen ProduzentInnen abhängig zu sein, die großen Einfluss auf die Verhandlungen des Holzpreises hätten. Daher kaufen die Firmen große Areale. Die Eukalyptusgroßplantagen sind die jüngste Bremse für die Landreform in Rio

sitz in Monaco, und ebenfalls 28% der Votorantin Gruppe, die den Zementmarkt in Brasilien kontrolliert. 12,5 % hält die BNDES, die als großer Finanzier für Landkäufe und Saatgut agiert. Kleine AnlegerInnen halten die restlichen 3,5%, darunter auch der multinationale Zigarettenproduzent Souza Cruz. Votorantin nutzt die Kenntnisse und Technologien von Aracruz, an der sie Teilhaberin ist, um Konkurrenz zwischen den Firmen zu vermeiden. Votorantin ist dem Namen nach ein nationales Unternehmen, aber im Grunde verfolgt dieses die gleiche Strategie wie die Multis, die die natürlichen Ressourcen Brasiliens ausbeuten. Stora Enso, ein schwedisch-finnischer Multi, ist Partner der Aracruz. Zusammen bilden die beiden Veracel, ein drittes Unternehmen, das im gleichen Geschäftsbereich agiert. Beide Teilhaber halten je 50%.

Zusammengefasst: Votorantin ist Teilhaberin von Aracruz, die wiederum eine Partnerschaft mit Stora Enso hat. Milliarden Hektar und Milliarden Liter Wasser werden von der glei-



chen Unternehmensgruppe verbraucht, deren Kapital von ausländischen AnlegerInnen kontrolliert wird. Davon abgesehen, dass einheimischen ProduzentInnen und der Bevölkerung das Wasser fehlt, zahlt Brasilien die gesamten sozialen und ökologischen Kosten, die die Verschmutzung der Gewässer mit sich bringt. Übrigens durch Substanzen, die in den Herkunftsländern der Multis verboten sind.

Heutzutage wird 95% des von Aracruz hergestellten gebleichten Zellstoffs exportiert. Die BNDES gab Aracruz 2002 eine Finanzspritze von 840 Millionen R\$ zum Bau einer neuen Fabrik. Die Firma allein besitzt 247.000 Hektar bereits bepflanzter Eukalyptusplantagen in den Bundesstaaten Espírito Santo, Bahia, Minas Gerais und Rio Grande do Sul. Vercel besitzt in Bahia ungefähr 70.000 Hektar mit der Monokultur.

Und um noch mehr zu exportieren, will Aracruz bis 2012 4,4 Milliarden US\$ investieren und die Anbaufläche von 1,4 Mio Hektar auf 2,6 Mio Hektar, also um ca. 86%, ausweiten. Ein großer Teil der Expansion betrifft Rio Grande do Sul. Und 90% der dortigen Produktion werden exportiert.

Forderungen – Diese neue Art von Latifundien bestärkt soziale Bewegungen und fortschrittliche politische Kräfte in ihrem Kampf für eine Begrenzung des Landbesitzes. Würde das Gesetz „Módulo Máximo“ für eine Obergrenze von Landbesitz im Nationalkongress Zustimmung finden, böte dieses eine gesetzliche Möglichkeit, den Missbrauch zu verhindern.

Wir treten für ein Entwicklungsmodell ein, das Land und Einkommen ver-

teilt, Landwirtschaft und Viehzucht im kleinen und mittleren Rahmen ermöglicht, Arbeitsplätze schafft und die Umwelt schützt. Wir denken, dass es möglich ist, Holz zur Erzeugung von Papier und Zellulose herzustellen und den Anbau mit anderweitiger Nutzung zu kombinieren.

Wir setzen uns ebenfalls für eine agrarökologische und eine agrarforstwirtschaftliche Zonierung ein. Diese Zonierung muss zuvor mit den betroffenen Sektoren demokratisch diskutiert und festgelegt werden. Wir sind für das Verbot von Papierbleich-techniken mittels Chlordioxid und für ein komplettes Verbot des Anbaus von Kiefern im kommerziellen Rahmen.

Der Widerstand gegen Eukalyptusgroßplantagen in Brasilien nimmt Formen an. Die soziale Mobilisierung der Betroffenen in Bahia, Espírito Santo und Minas Gerais hat schon einige bedeutende Ziele erreicht. Mehr als 100 soziale Organisationen haben sich in der Bewegung Rede Alerta Contra o Deserto Verde (www.cepedes.org.br/redealerta.php) zusammengeschlossen. Ein wichtiger Sieg war es, dass Aracruz das Zertifikat FSC der gemeinnützigen internationalen Mitgliederorganisation Conselho de Manejo Florestal (Forest Stewardship Council) verwehrt wurde. Für die Zertifizierung bräuchte das Unternehmen die Zustimmung der umliegenden Gemeinden, die dem Multi keine Unterstützung zukommen lassen.



Neues Gesetz legalisiert Landraub in Amazonien

VON KENO TÖNJES, AUGUST 2009

Lange wurde um eine Regelung für die etwa eine Million illegalen SiedlerInnen gestritten, die sich in Amazonien auf 674.000 km² öffentlichen Landes niedergelassen haben. Die Fläche entspricht 80% des illegal besetzten Landes und etwa der Fläche Frankreichs. Jetzt ist das Gesetz durch alle Instanzen gegangen und NaturschützerInnen sehen sich als klare VerliererInnen.

Die Instanzen

Am 13. Mai versammelte sich in Brasília eine vom "Movimento Amazônia Para Sempre" organisierte Mahnwache von UmweltschützerInnen, angeführt von prominenten SchauspielerInnen wie Cristiane Torloni, um zu verhindern, dass die "einstweilige Maßnahme 458/2009" von der Abgeordnetenversammlung beschlossen wird. In der ursprünglichen Version sollte das Gesetz den eine Million SiedlerInnen, die sich vor Dezember 2004 illegal in im Staatsbesitz befindlichen Wäldern Amazoniens angesiedelt hatten, unter gewissen Auflagen des Naturschutzes Landtitel verleihen. Der Staat wollte damit Staatseigentum privatisieren, in der Hoffnung auf mehr Kontrolle über den Siedlungsprozess, weniger Entwaldung und eine Reduzierung von Landkonflikten, die sich aus ungeklärten Besitzansprüchen ergeben. Dies rief die Lobby der LandbesitzerInnen ("Ruralistas") unter Führung der Senatorin und Präsidentin des Bauernverbandes Kátia Abreu

auf den Plan, die ihren großen Einfluss im Kongress geltend machte, um mehr billiges Staatsland für GroßgrundbesitzerInnen und weniger ökologische Vorschriften zu fordern. Selbst Umweltminister Minc, der sich der Mahnwache anschloss, meinte, dass eine Privatisierung von Staatsland ohne Auflagen ein "ökologisches Desaster" wäre: "Es wäre eine Lizenz zum Entwalden". Am 14. Mai wurde das Gesetz von der Abgeordnetenversammlung verabschiedet. Grundstücke bis 100 ha werden demnach umsonst abgegeben, von 100 bis 400 ha zu einem symbolischen Preis, von 400 bis 1.500 ha zum Marktpreis (Abzahlung innerhalb von 20 Jahren) und von 1.500 bis 2.500 ha an die oder den HöchstbietendeN, größere Flächen nur mit Zustimmung des Kongresses. Bedingungen für Aufforstung und Entwaldung sind im Gesetz noch enthalten, die Frist zur Wiederaufforstung des abgeholzten Regenwaldes wurde von der Abgeordnetenversammlung allerdings von ursprünglich zehn Jahren auf 30 Jahre heraufgesetzt. Außerdem wurde ein Weiterverkaufsverbot abgelehnt.

Am 3. Juni ging das Gesetz dann auch durch den Senat. Die "Ruralistas" hatten nun durchgesetzt, dass das Land von GroßgrundbesitzerInnen (400 bis 1.500 ha) schon nach drei Jahren weiterverkauft werden darf, während kleine LandbesitzerInnen (100 bis 400 ha) zehn Jahre warten müssen. Ursprünglich waren von Ex-Umweltministerin Marina Silva zehn Jahre für alle vorgesehen, um die Ansprüche ausreichend prüfen zu können und Landspekulation zu verhindern. Auch die ökologischen Auflagen wie Aufforstung und Begrenzung der Entwaldung wurden in der





vom Senat beschlossenen Fassung noch abgeschwächt. Firmen und nicht vor Ort lebende LandbesitzerInnen wurden als Begünstigte zugelassen. Minc nannte die "Ruralistas" daraufhin Betrüger, weil das Gesetz nun Landspekulation begünstigt, musste sich nach einer Rüge Lulas aber wieder entschuldigen. Marina Silva meinte bitter: "Jetzt geht alles den Bach herunter, wofür 30 Jahre lang in Amazonien gekämpft wurde." Und sie fügte hinzu: "Die Richter, die Todesdrohungen erhalten haben, weil sie gegen die legale Besetzung Amazoniens gekämpft haben, werden die Freudenschreie ihrer Gegner hören." Insgesamt 490.000 km² Staatsland werden an GroßgrundbesitzerInnen gehen. In einem offenen Brief forderte Marina Silva Präsident Lula auf, mit seinem Veto die Schlupflöcher für Landspekulanten zu schließen und eine geordnete Landvergabe unter Beteiligung der Zivilgesellschaft zu ermöglichen. Cristiane Torloni vom "Movimento Amazônia Para Sempre" übergab Lula ein Manifest mit einer Million Unterschriften, das sich gegen die Zerstörung des Amazonas-Regenwaldes und für eine Aufforstung einsetzt. Überraschend unterzeichnete auch Lula das Manifest, das auch von Umweltminister Minc unterstützt wird.

Präsident Lula hatte nun bis zum 25.

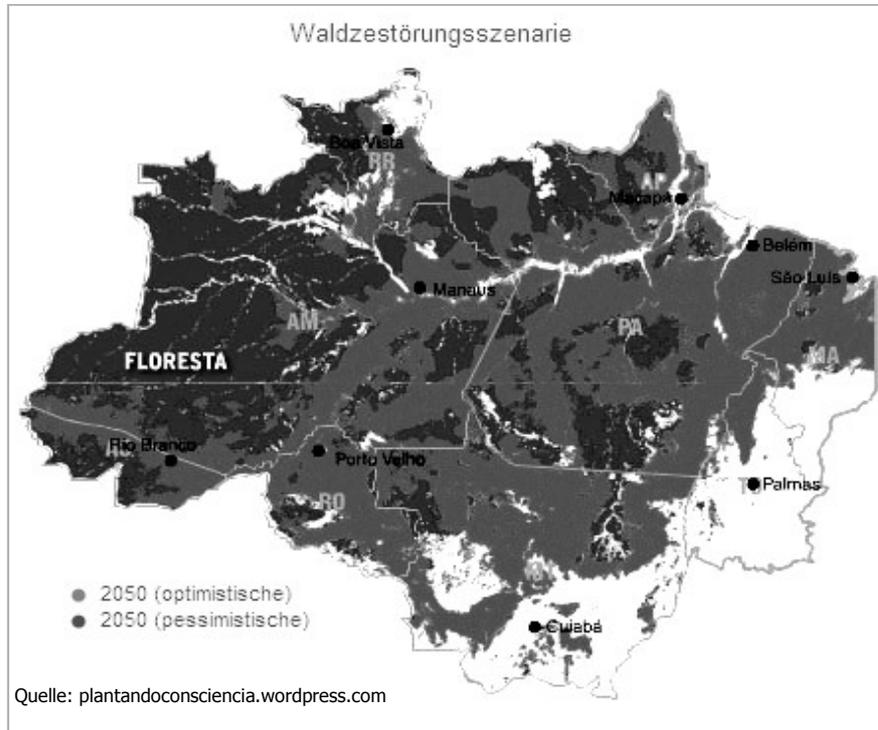
Juni Zeit, ein Veto einzulegen. Der Druck von allen Seiten war groß. So ließ die Entscheidung bis zum Ende des letzten Tages auf sich warten. Lula bestätigte das Gesetz inklusive der Drei-Jahre-Regelung, legte sein Veto nur gegen die Bestimmungen zu Firmen und nicht vor Ort lebenden LandbesitzerInnen als mögliche NutznießerInnen ein. Allerdings wird bei Grundstücken unter 400 ha nicht einmal überprüft, ob der oder die BesitzerIn tatsächlich auf dem Land wohnt, was Landspekulation Tür und Tor öffnet.

Bewertungen

Für die Umwelt- und Indigenenverbände ist klar, dass das "Landräubergesetz" in seiner endgültigen Form praktisch eine Generalamnestie für die Landrechtskriminalität in Amazonien der letzten vier Jahrzehnte und einen Blankoscheck für weitere illegale Besetzungen und Urwaldzerstörung darstellt. "Diese Maßnahme setzt die Praxis des 19. Jahrhunderts fort statt uns eine Strategie des 21. Jahrhunderts für nachhaltige Entwicklung zu bringen", so Marcelo Furtado von Greenpeace. Brasiliens Klimaziele seien damit gefährdet. Eine Verbesserung von "Governance" und sozialer Gerechtigkeit sei nicht zu erwarten, nur ein höheres Risiko für Entwaldung.

Lula wehrt sich gegen die Vorwürfe. Die Verbände würden nicht die Wahrheit sagen, wenn sie behaupteten, das Gesetz würde Landraub begünstigen. Lula bleibt dabei, dass durch garantiertes Eigentum an Land die gewalttätigen Landkonflikte aufhören würden. Dies wolle das Gesetz erreichen.





Amazonien ist ein Gebiet, das vom Staat nur unzureichend kontrolliert wird, insbesondere im Entwaldungsgürtel. Daran ändern auch zeitlich und örtlich begrenzte medienwirksame Aktionen wie der Einsatz von Militär nichts, solange die zuständigen Behörden wie das IBAMA durch Personalentscheidungen und Budgetkürzungen an der kurzen Leine gehalten werden. Unter diesen Rahmenbedingungen haben Gesetzesänderungen eher symbolischen Charakter, da die Gesetze in der Realität kaum umgesetzt werden. Die jetzt beschlossenen Gesetze zeigen den WaldzerstörerInnen und LandräuberInnen aber, dass sie in nächster Zeit vom Staat keinen Ärger zu erwarten haben. Eine starke Umweltpolitik ist auch unter Lulas NachfolgerInnen nicht zu erwarten. Allerdings wird sich in Zukunft nicht mehr

verheimlichen lassen, dass Klima- und Waldschutzziele nicht zu halten sind und von vornherein unrealistisch waren. Damit werden auch die Hoffnungen auf den Amazonien-Fonds und mögliche Gelder aus einem internationalen Regelwerk zum Waldschutz als Feigenblatt der brasilianischen Agrarpolitik zunichte gemacht. Zwar werden Wirtschaftskrise und starke Regenfälle dieses Jahr für eine geringere Entwaldung sorgen, mittelfristig wird die Entwaldung aber wieder Rekordhöhen erreichen. Letzlich wird nur wirtschaftlicher Druck diese Entwicklung bremsen können, denn die Agravarexpansion findet für den Export statt. Solange die VerbraucherInnen in Kauf nehmen, dass für ihre Produkte Urwälder zerstört werden, wird dies auch geschehen.



Agrotreibstoffe und Nahrungsmittelproduktion

FOLHA DE SÃO PAULO, 17. APRIL 2009, VON ARIIVALDO UMBELINO DE OLIVEIRA. FÜR KOBRA AUS DEM BRASILIANISCHEN PORTUGIESISCH ÜBERSETZT VON SABINE REITER.

Die Beziehung zwischen der Expansion der Herstellung von Agrotreibstoffen und der Nahrungsmittelproduktion steht inzwischen auf der Agenda der internationalen Politik. Die Landwirtschaft weltweit befindet sich in einem Prozess massiver Veränderungen. Die technische Entwicklung bei der Herstellung von Lebensmitteln und der genetischen Kontrolle von Saatgut – einem Kulturerbe der Menschheit – wurde beschleunigt.

Zwei Monopol-Prozesse beherrschen weltweit die landwirtschaftliche Produktion: eine „Territorialisierung der Monopole“ und eine „Monopolisierung des Territoriums“. Auf der einen Seite steht die territoriale Ausdehnung der Monopole, die gleichzeitig Kontrolle über den Privatbesitz von Land, über den ländlichen Produktionsprozess und über die industrielle Verarbeitung der landwirtschaftlichen Produkte aus Agrar- und Viehwirtschaft ausüben. Das wichtigste Beispiel ist hier der Sektor der Herstellung von Ethanol aus Zucker.

Auf der anderen Seite steht eine Gebietsmonopolisierung durch Unternehmen der industriellen Verarbeitung und des Vertriebs landwirtschaftlicher Produkte, die – ohne selbst im ländlichen Bereich zu produzieren – durch Knebelver-

träge Kleinbauern ebenso wie landwirtschaftliche Großbetriebe kontrollieren.

Die Monopol-Unternehmen des Getreidesektors spielen als „Global Player“ auf dem zukünftigen Markt der weltweiten Warenbörsen mit und üben ihre monopolisierende Kontrolle oftmals ebenfalls bei der Herstellung von Schädlingsbekämpfungs- und Düngemitteln aus.

Die Krise hat daher zwei Ursachen. Die erste – begrenzter in ihren Auswirkungen – steht in Zusammenhang mit den hohen internationalen Preisen für Rohöl und der damit verbundenen Erhöhung der Kosten für Dünge- und Schädlingsbekämpfungsmittel.

Die zweite ist eine Folge aus der Ausweitung des Konsums, jedoch nicht des direkten Konsums von Nahrungsmitteln, wie die brasilianische Regierung glauben machen will, sondern stattdessen eines Konsums, der sich



Quelle: www.mstbrasilien.de/





Zuckerrohrfelder so weit das Auge sieht.

Foto: Kirsten Bredenbeck, Februar 2009

aus der von den USA verfolgten neuen Strategie der Ethanolgewinnung aus Mais ergeben hat. Der hiermit eingeschlagene Weg hat zu einer Abnahme der internationalen Vorräte dieses Getreides und zu einer Erhöhung seines Preises sowie der Preise für andere Getreidesorten (Weizen, Reis und Soja) geführt.

So wurde die nordamerikanische „Lösung“ zur Bekämpfung der Erderwärmung zu einem Paradies für schnelle Gewinne durch die „Global Player“ internationaler Monopole, die zwar selbst nichts produzieren, aber ProduzentInnen wie KonsumentInnen ihrer Logik der Akkumulation unterwerfen.

Mit Sicherheit gibt es keine Umkehr mehr aus dieser Krise, da – im Falle Nordamerikas – die für den Anbau verfügbaren Böden zum Streitobjekt

zwischen Weizen-, Mais- und SojaproduzentInnen geworden sind, wobei das Weiterkommen der einen unvermeidlich einen Rückschlag für die anderen bedeutet. Dieses hat Jean Ziegler von der UNO zu seiner radikalen Kritik bewogen, die Gewinnung von Ethanol als „Verbrechen gegen die Menschheit“ zu bezeichnen.

Mitten in dieser Krise möchte das brasilianische Agrobusiness mit Agrotreibstoff als Trittbrettfahrer aufspringen in eine Zukunft, die auf der Reproduktion der Fehler der Vergangenheit beruht. Die mit Zuckerrohr bepflanzte Fläche hatte bei der letzten Ernte ein Ausmaß von annähernd 7 Mio Hektar und umfasste im Staat São Paulo, wo sich 50% des Gesamtanbaus konzentrieren, bereits fast die Gesamtheit der fruchtbarsten Böden der Region. Im Rahmen der Aus-



weitung der Produktion von Agrotreibstoffen stellt sich die Frage: Welche Folgen hatte die Ausweitung des Zuckerrohranbaus der letzten 15 Jahre für die Nahrungsmittelproduktion in Brasilien?

Die Daten des Brasilianischen Instituts für Geographie und Statistik (IBGE) zwischen 1990 und 2006 zeigen deutlich eine Abnahme der Produktion von Nahrungsmitteln, ausgelöst durch die Ausweitung des Zuckerrohranbaus, der im selben Zeitraum um mehr als 2,7 Mio Hektar zunahm. Betrachtet man die Landkreise, deren Zuckerrohranbaufläche sich in diesem Zeitraum um mehr als 500 Hektar ausweitete, stellt man fest, dass sich in diesen Landkreisen zusammen genommen der Anbau von Bohnen um 260.000 Hektar und der von Reis um 340.000 Hektar verringerte.

Auf dieser reduzierten Fläche hätten 400.000 Tonnen Bohnen, d.h. 12% der landesweiten Produktion und 1 Mio Tonnen Reis, 9% der Gesamtproduktion des gesamten Landes, produziert werden können. Hiervon abgesehen reduzierten sich in diesen Landkreisen die Milchproduktion um 460 Mio Liter und der Rinderbestand um mehr als 4,5 Mio Stück Vieh.

Auch wenn sich die Ausweitung des Zuckerrohranbaus auf São Paulo konzentriert, findet die gleiche Entwicklung bereits in Paraná, in Mato Grosso do Sul, im „Triângulo Mineiro“ in Minas Gerais, in Goiás und in Mato Grosso statt. In diesen Bundesstaaten reduzierte sich die Fläche für Nahrungsmittelanbau und die Viehwirtschaft verlagerte sich in Richtung Amazonasgebiet, was unweigerlich zu Entwaldung geführt hat. Hier wird

deutlich sichtbar, dass die Ausweitung der Produktion von Agrotreibstoffen weiterhin eine Abnahme der Nahrungsmittelproduktion mit sich bringt.

Die Produktion der drei Hauptnahrungsmittel Brasiliens – Reis, Bohnen und Maniok – stagniert ebenfalls seit den 1990ern, und das Land ist inzwischen der größte Weizenimporteur weltweit geworden. Daher besteht der Weg aus der Krise und zur Schaffung einer Politik der Ernährungssicherung im Land nach wie vor in der Umsetzung einer umfassenden, allgemeinen und weit reichenden Agrarreform.

ZUR WEITEREN VORBEREITUNG UND INFORMATION ÜBER DIE JÜNGSTEN ENTWICKLUNGEN EMPFEHLEN WIR DEN ARTIKEL „ZONIERUNG DES ZUCKERROHRS“ AUF DER KOBRA-WEBSITE WWW.KOOPERATION-BRASILIEN.ORG (LINKS DEN BUTTON KOBRA-VERANSTALTUNGEN ANKLICKEN, DANN RECHTS DEN BUTTON RTB 2009).



Wird das Klima in Amazonien gerettet?

VON THOMAS FATHEUER, AUS: AMAZONIEN. STADT – LAND – FLUSS. DAS GRÖßTE ZUSAMMENHÄNGENDE REGENWALD-GEBIET DER ERDE ZWISCHEN SCHUTZ UND NUTZUNG, FDCL, SEPTEMBER 2009.

In den trüben Dezembertagen des polnischen Winters 2008 konnte das tropische Brasilien glänzen: Während der Klima-Konferenz in Poznań lancierte der brasilianische Umweltminister Carlos Minc den „Nationalen Plan über Klimaveränderung“. Brasilien hatte damit den Entwurf für eine Klimapolitik vorgelegt, die freiwillige Reduktionsziele beinhaltet. In Poznań fehlte es nicht an Lob und Ehrgeiz. Al Gore betonte, dass Brasilien nun eine führende Rolle bei den Klimaverhandlungen übernommen habe und Ban Ki-Moon bezeichnete die brasilianische Wirtschaft gar als eine der grünsten der Welt. Minister Minc konnte triumphieren: „Brasilien hat lange in der Defensive gespielt. Wir möchten nun eine Führungsrolle übernehmen.“ Aber trifft das zu?

Wenige Monate später droht der leuchtende Stern von Poznań schon zu verblassen. Zum einen sind die Klimaverhandlungen wieder zum mühseligen Alltagsgeschäft zurückgekehrt, bei dem keine VorreiterInnen das Tempo bestimmen. Und zum anderen ist auch die Kritik an der brasilianischen Umweltpolitik lauter geworden, die anscheinend nicht auf der Höhe der Ankündigungen von Poznań agiert.

In der Gruppe der großen „emerging economies“ spielt Brasilien eine deutliche Sonderrolle. Blendet man sozi-

ale Probleme wie Zwangsumsiedlungen für Staudambauten sowie Konflikte bei Ausweitung von landwirtschaftlichen Monokulturen für die Energiegewinnung aus und schaut man nur auf die Energiebilanz, ist Brasilien tatsächlich eines der grünsten Länder der Welt. Dies verdankt das Land seinem extrem hohen Anteil der Wasserkraft am Energiemix: etwa 75% der Stromerzeugung stammen aus dieser CO₂-armen Quelle. Hinzu kommt noch ein großer und steigender Einsatz von Agrotreibstoffen, sodass Brasilien mit einem Anteil von 45% von erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch tatsächlich Weltspitze ist – der OECD-Durchschnitt liegt bei 6,2%. In internationalen Foren zitieren die brasilianischen RegierungsvertreterInnen immer wieder solche Zahlen.

Aber der CO₂-Musterknabe verwandelt sich ganz schnell in ein Schmutdelkind, wenn Emissionen aus „Land-Use-Change“ eingerechnet werden. Damit sind die Emissionen von Treibhausgasen gemeint, die vorwiegend durch das Abbrennen von Wäldern und anderen Naturflächen entstehen. Etwa zwei Drittel der brasilianischen Emissionen stammen aus dieser Quelle - und rechnet man sie in die nationale Emissionsbilanz ein, dann rückt Brasilien auf Platz fünf der größten Verschmutzer dieser Welt vor.

Für Brasilien heißt das, dass es in den internationalen Verhandlungen nur ein Problem gibt: die Vernichtung des Regenwaldes in Amazonien. Der Bali-Action-Plan empfiehlt, die Reduktion von Entwaldung (mit der Abkürzung REDD versehen) in ein internationales Abkommen mit einzubeziehen. Damit ist Brasilien in das



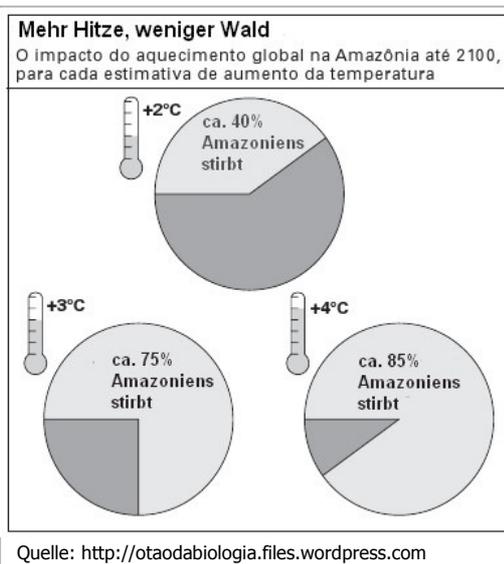
Zentrum der internationalen Verhandlungen gerückt. Auf diese Situation hat das Land mit dem in Poznán lancierten „Plano Nacional de Mudanças de Clima“ bestens reagiert. Der Plan sieht vor, dass die Entwaldung in Amazonien bis 2017 um 70% im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2005 und 2006 reduziert wird. Nach Angaben der Regierung würden dadurch 4,8 Milliarden Tonnen CO₂ weniger in die Atmosphäre gelangen.

Um diese Reduzierungsziele zu erreichen, braucht es natürlich Geld. Die brasilianische Regierung hat daher einen Amazonasfonds aufgelegt, zu dem Norwegen bereits 100 Millionen US-Dollar beigesteuert hat. Die deutsche Bundesregierung will sich vorläufig mit 18 Millionen beteiligen. Das ist aber bisher nur ein Tropfen auf den heißen Stein: Die brasilianische Regierung geht davon aus, dass sie etwa eine Milliarde US-Dollar pro Jahr braucht, um die ambitionierten Ziele umzusetzen. In den internationalen Verhandlungen hat sich Brasilien damit in eine komfortable Situation manövriert. Es hat die eingeforderten freiwilligen nationalen Ziele in äußerst ambitionierter Weise definiert und kann nun von den so genannten „Annex-1-Ländern“ (den Industriestaaten) die finanzielle Beteiligung einfordern.

In Brasilien ist die Position der Regierung allerdings weniger komfortabel. Denn Zweifel, ob die hehren Ziele des Klimaplanes sich auch in reale Politik umsetzen lassen, werden lauter. Insbesondere ein umstrittenes Dekret zur Regelung der

Landfrage in Amazonien hat die Kritik der brasilianischen Umweltbewegung provoziert: durch die MP 458 (vorläufiges Regierungsdekret) werden mit einem Federstrich alle Landbesitze in Amazonien bis zur Grenze von 1.500 ha legalisiert. Der größte Teil der Flächen befindet sich auf öffentlichem Land, die BesitzerInnen hatten daher bisher keine legalen Landtitel. Was zunächst als Maßnahme gedacht war, um Rechtssicherheit für KleinbäuerInnen zu schaffen, hat sich durch die Ausweitung der Grenze auf 1.500 Hektar zu einer riesigen Landübertragung auch an mittlere und größere Betriebe ausgeweitet – und dies ohne jegliche Umweltauflagen. In der Praxis wurde damit illegale Entwaldung legalisiert und ein perverser Anreiz für die Zukunft geschaffen. „Die Regierung beschleunigt die weitere Kolonisierung und Entwaldung Amazoniens“, lautet das Fazit von Greenpeace.

Damit nicht genug: Im Rahmen des



„Programms zur Beschleunigung des Wachstums“ (PAC) sind neue Großprojekte in Amazonien vorgesehen. An den Amazonasnebenflüssen Tapajós und Xingu sind gewaltige Staudämme geplant, auch Straßen sollen im Amazonasgebiet ausgebaut werden. Wie solche Pläne mit den ambitionierten Reduktionszielen vereinbar sind, bleibt das Geheimnis der Regierung. Kein Geheimnis aber ist, wo die Regierung ihren Schwerpunkt sieht. Im Jahre 2010 wird gewählt und Präsident Luiz Inácio Lula da Silva will seine Kandidatin ins Amt hieven: Dilma Rousseff ist Kanzleramtsministerin, Koordinatorin des „Programms zur Beschleunigung des Wachstums“ (PAC) und jeglicher Sympathie mit Umweltfragen unverdächtig.

Aber es sind nicht nur neue Großprojekte, die den Regenwald bedrohen, auch die bisherigen Zerstörungsfaktoren sind nach wie vor nicht gebändigt. Greenpeace hat im Juni dieses Jahres mit einer umfangreichen Studie die Bedeutung der Ausweitung der Viehzucht als wichtigsten Faktor der Waldzerstörung erneut in die Debatte gebracht. Greenpeace wies dabei neben der Bedeutung des Fleischkonsums auch deutlich auf die Verantwortung von Großkonzernen wie Adidas, Reebok und weitere hin, die Leder aus Amazonien verarbeiten. Dennoch ist natürlich auch die brasilianische Regierung gefragt. Offensichtlich waren die bisherigen Maßnahmen zur Eindämmung der illegalen Entwaldung nicht ausreichend. Umweltminister Minc hat angesichts dieser Entwicklungen die verbale Konfrontation mit dem Agrobusiness gesucht, musste aber bald Rückzieher machen. Um im Amt zu bleiben, entschuldigte er sich bei den Groß-

produzentInnen, die er vorher als BetrügerInnen bezeichnet hatte. Für die brasilianische Entwicklungspolitik ist das Bündnis mit den ViehzüchterInnen und SojabäuerInnen wichtiger als der Waldschutz.

Wie es um die Zukunft der Klimapolitik angesichts dieser Gemengelage bestellt ist, bleibt ungewiss. Präsident Lula geht erstmalig davon aus, dass im großen Brasilien alles möglich ist. Waldschutz, Großprojekte und Agrobusiness – für alle soll Platz sein. Im Augenblick wird diese Politik noch nicht durch Zahlen demontiert. Tatsächlich waren die Entwaldungszahlen in den letzten zwei Jahren rückläufig. Dazu haben aber wohl nicht nur die Aktionen des Umweltministeriums beigetragen, sondern auch die Wirtschaftskrisen. Was in Brasilien also fehlt, ist eine konsistente Politik, um die auf der internationalen Ebene verkündeten klimapolitischen Ziele umzusetzen. Wenn hier nicht bald konkrete Schritte erfolgen, droht der Plano Nacional zu einem weiteren Dokument guter Absichten zu verkommen.

ZUR WEITEREN VORBEREITUNG EMPFEHLEN WIR DIE ARTIKEL "MARSCH INS TREIBHAUS" VON ELMAR ALTVATER UNTER FOLGENDEM LINK: WWW.FREITAG.DE/POLITIK/0941-KLIMAGIPFEL-KOPENHAGEN-ENERGIEPOLITIK UND "WALDSCHUTZ IN AMAZONIEN: KONTROVERSE UM MARKTFINANZIERUNG SPALTET NGOS" UNTER: WWW.KLIMA-DER-GERECHTIGKEIT.DE/WALDSCHUTZ-IN-AMAZONIEN-KONTROVERSEN-IN-SICHT



Frauenpower in Brasilien

VON GERHARD DILGER, TAZ VOM 01. SEPTEMBER 2008, GEKÜRZT

So wie es heute aussieht, könnte nach Chile und Argentinien auch Brasilien bald von einer Präsidentin regiert werden. Die Favoritin für 2010 heißt Dilma Rousseff und ist bereits seit 2002 die starke Frau in der Regierung. Zunächst war sie für Bergbau und Energie zuständig, und seit drei Jahren laufen sämtliche Fäden bei der Präsidentschaftsministerin von Luiz Inácio Lula da Silva zusammen. In diesem Job hat die Exguerillera ihren Ruf als effiziente und unbestechliche, wenn auch alles andere als grüne Technokratin noch gefestigt.



Quelle: www.vooz.com.br

Der charismatische Volkstribun Lula nämlich beabsichtigt zunächst nicht, erneut zur Wiederwahl anzutreten – anders als etwa seine Kollegen Hugo Chávez in Venezuela oder Álvaro Uribe in Kolumbien. Doch ein langfristiges Machtprojekt verfolgt auch der ehemals radikale Mitbegründer der Arbeiterpartei PT. Daher baut er die loyale Rousseff als Nachfolgerin auf. 2014 – so ein realistisches Szenario –

könnte er dann wieder selbst zum Zug kommen. Seit Monaten schon reist die Superministerin, laut Lula die „Mutter“ des Wachstumsbeschleunigungsprogramms PAC, durch Brasilien – mal zusammen mit ihrem Mentor, mal alleine.

Marina Silva - grüne Hoffnung für Brasilien

VON THOMAS FATHEUER, AUGUST 2009, WWW.BOELL.DE/WELTWEIT/LATEINAMERIKA/LATEINAMERIKA-7298.HTML

Marina Silva, ehemalige Umweltministerin der Regierung Lula, hat die Arbeiterpartei des Präsidenten Lula verlassen. Mit dem angekündigten Beitritt zu den Grünen machte sie zudem den Weg frei für ihre grüne Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen 2010. Damit hat der Vorwahlkampf in Brasilien einen frühen, überraschenden und erfreulichen Höhepunkt erreicht. Silvas Schritt wird von einer Sympathiewelle begleitet: Sie verkörpert heute die Hoffnung, dass in den verknöcherten und korrupten Strukturen der brasilianischen Politik noch etwas Neues wachsen kann.

Umweltpolitik ohne Vision

In ihrer Austritterklärung schreibt Marina Silva, dass in der jetzigen Regierung eine strategische Vision fehle, die für die zentrale Aufgabe Umweltpolitik notwendig sei. Tatsächlich ist



die Umweltpolitik die große Blindstelle der Regierung – und dies soll nach dem Willen des Präsidenten auch so bleiben.

Luiz Inácio Lula da Silva, Lula genannt, darf selbst zwar nicht zur Wiederwahl antreten, hat aber bereits die jetzige Kanzleramtsministerin Dilma Rousseff als Nachfolgerin auserkoren. Dilma koordiniert das "Programm zur Beschleunigung des Wachstums", ein Thema, welches auch den Wahlkampf der Arbeiterpartei (PT) dominieren soll. Lulas Kandidatin steht für Fortsetzung der erfolgreichen Sozialpolitik und für Wirtschaftswachstum um jeden Preis – und sie ist jeglicher Sympathie für ökologische Fragestellungen unverdächtig. Dies gilt auch für den voraussichtlichen Kandidaten des Oppositionslagers José Serra, derzeit Gouverneur des Bundesstaates São Paulo.

Dabei ist die Umweltproblematik in einem Lande wie Brasilien, dessen wirtschaftliche Entwicklung zentral an die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen geknüpft ist, zunehmend in den Mittelpunkt der politischen Debatte gerückt, allerdings vornehmlich als Entwicklungshemmnis.

In diese fossilierte Konstellation bringt die mögliche Kandidatur Marina Silvas eine neue Dynamik. Silva ist wohl die einzige populäre Umweltpolitikerin Brasiliens, aber sie verkörpert viel mehr: als ehemalige Kautschukzapferin mitten im Amazonaswald geboren, begann sie einen langen Weg, zusammen mit Chico Mendes, dem vor zwanzig Jahren ermordeten Führer der Kautschukzapfer. Für ihren Bundesstaat Acre wurde sie in den Senat gewählt. 2002 ernannte Lula sie zur ersten Ministerin seines

neuen Kabinetts, insbesondere wohl um das internationale Ansehen seiner Regierung besorgt.

Silva – das Gewissen der Regierungspolitik

Fünf Jahre lang hielt es Marina Silva in der Regierung aus, wobei sie sich vor allem im Krötenschlucken üben durfte. Schließlich hielt sie die anhaltende Erfolglosigkeit und die Erniedrigungen nicht mehr aus und erklärte im Mai letzten Jahres (während Merkel Brasilien besuchte) ihren Rücktritt. "Man kann mir das Genick brechen, aber man kann mir nicht den Verstand rauben."

Doch Marina repräsentiert mehr als das (schlechte) Umweltgewissen der Regierungspolitik. Sie hat ihre Regierungszeit ohne irgendeinen Skandal überstanden. Das ist nicht wenig in einer Zeit, in der ständig neue Affären die Politik erschüttern und somit die allgemeine Desillusionierung noch radikalisieren. Auch die Arbeiterpartei Lulas hat den Glanz des Neuen verloren und erscheint den meisten BrasilianerInnen als nur ein weiterer traditioneller Akteur in einem sinnlosen politischen Spiel. Marina Silva kann den „Sonnenstrahl der Utopie“ wieder aufleben lassen, der in der herrschenden Politik längst verloschen ist.

Die Perspektive nach dem Wechsel

Bereits seit geraumer Zeit läuft im Internet eine Kampagne "Marina Presidente", aber erst der angekündigte Wechsel zur Grünen Partei Brasiliens hat eine konkrete Perspektive eröffnet. Marina, die zur Gründungsgeneration der PT gehört, fiel dieser Schritt nicht leicht. Auch wohl des-





Quelle: www.gospelprime.com.br/

halb, weil die Grüne Partei selbst eher ein Spiegelbild der politischen Misere Brasiliens ist als eine Alternative.

Um bei den Wahlen zu überleben, hatten die Grünen ihre Reihen für alle möglichen PolitikerInnen geöffnet, wenn sie denn Stimmen brachten. Silva hat deshalb ihren Übertritt zu den Grünen an die Forderung geknüpft, die Partei müsse personell und inhaltlich neu gegründet werden. Wie schwierig dies noch sein wird, machen erste Erklärungen grüner Politiker deutlich. Der einzige grüne Minister (Kultur), Juca Ferreira, ein treuer Weggefährte des populären Gilberto Gil, hat sich für ein Bündnis mit der PT ausgesprochen – und damit gegen eine Kandidatur von Marina Silva bei den Präsidentschaftswahlen. Gleichzeitig verglich er den Vorsitzenden der PV, der Grünen in Brasilien, mit Kim Jong II: "Der Präsident der PV ist zusammen mit dem Präsidenten Nordkoreas der Politiker, der am längsten ein Amt innehat. Wir müssen die Demokratie in der Partei wiederherstellen."

Der Weg zu einer konsolidierten Alternative ist also noch weit. Aber das Signal, das die Kandidatur Silvas aus-

sendet, macht Hoffnung. Offensichtlich ist es heute die Frage der Nachhaltigkeit, die im Mittelpunkt der politischen Debatte stehen müsste. Die etablierten Kräfte haben diese Debatte aber seit Jahren marginalisiert oder gar lächerlich gemacht. Dass heute so keine zukunftsfähige Politik mehr zu machen ist, erkennen immer mehr BrasilianerInnen, zumindest in der politisierten Mittelschicht. Darüber hinaus kann Marina Silva die Frustrierten der Politik ansprechen und verhindern, dass diese eine Beute populistischer Demagogie werden. Wie auch immer es um ihre Erfolgsaussichten als Präsidentschaftskandidatin bestellt sein mag, ihre Kandidatur eröffnet die Möglichkeit, dass es im brasilianischen Wahlkampf zu einer wirklichen politischen Debatte kommt.

Plínio de Arruda Sampaio: Präsidentschaftskandidat der Linksfront

VON GISLENE LIMA FÜR KOBRA, OKTOBER 2009. FÜR KOBRA AUS DEM BRASILIANISCHEN PORTUGIESISCH ÜBERSETZT VON GILBERTO CALCAGNOTTO

In einigen Wochen soll Plínio de Arruda Sampaio als Kandidat der PSOL (Partido Socialismo e Liberdade = Partei Sozialismus und Freiheit) bei Brasiliens Präsidentschaftswahl 2010 aufgestellt werden. Der zukünftige Präsidentschaftskandidat ist nicht nur eine Referenz im Kampf für eine Agrarreform in Brasilien, sondern darüber



hinaus politischer Aktivist, Rechtswissenschaftler und ehemaliger Bundesabgeordneter.

Seine Nominierung zeichnete sich bereits beim II. Parteitag der Partei PSOL im August 2009 mit seiner Aufstellung als Kandidat der Partei im Vorlaufverfahren der Partei ab. Die Partei will ein Regierungsprogramm im Zeichen des Kampfes gegen die Folgen der Wirtschaftskrise für die ArbeitnehmerInnen und für die Einheit der sozialistischen Linken in Brasilien erarbeiten. Zu diesem Zweck soll eine deutlich auf die soziale Klassenzugehörigkeit ausgerichtete Bündnispolitik verfolgt werden, die Allianzen mit der Brasilianischen Kommunistischen Partei PCB und der Sozialistischen Partei der Vereinigten ArbeitnehmerInnen PSTU (Partido Socialista dos Trabalhadores Unificados) anstrebt.

Zugleich haben namhafte brasilianische Intellektuelle ein Manifest mit dem Titel „Ein sozialistisches Modell für Brasilien aufbauen“ (Construir um Projeto Socialista para o Brasil) unterschrieben. Zu den UnterzeichnerInnen zählen der Rechtswissenschaftler Fábio Konder Comparato, seinerzeit Vertreter der Anklage beim Absetzungsverfahren gegen den ehemaligen Präsidenten Fernando Collor, Monsignor Tomás Balduino, emeritierter Bischof von Goiás Velho und Mitbegründer der Kommission für Landpastorale sowie Virgínia Fontes, Professorin an der Bundesuniversität des Bundesstaates Rio de Janeiro und Dozentin der von der Landlosenbewegung MST unterhaltenen Nationalen Schule Florestán Fernandes.

Nach eigener Aussage zielt die Kandidatur von Plínio de Arruda Sampaio

mehr auf die politische Wirkung und weniger auf den Wahlerfolg ab. „Ganz gleich, welcheN KandidatIn die PSOL aufstellt, das Ziel besteht darin, die Wahlfarce zu entlarven, denn beide Hauptkontrahenten – Dilma Rousseff und José Serra – sagen genau dasselbe, es besteht nicht der geringste Unterschied“, so Plínio.

Plínio de Arruda Sampaio, ein angesehener Vertreter der brasilianischen Linken und entschiedener Verfechter der Befreiungstheologie, machte im Jahr 1954 seinen Studienabschluss in Rechtswissenschaften an der Universität des Bundesstaates São Paulo USP und wurde in den 1950er Jahren zum politisch engagierten Mitglied katholischer Linksgruppierungen, darunter der Katholischen Studentengruppe JUC, der Volksaktion AP und der Katholischen Aktion Brasiliens ACB. 1962 wurde er zum Bundesabgeordneten für die Christdemokratische Partei PDC gewählt. Er war Sprecher der mit dem Agrarreformprojekt der Regierung João Goulart beauftragten Kommission und Initiator einer Sonderkommission für die Agrarreform. Brasiliens GroßgrundbesitzerInnen reagierten empört auf seine Auffas-



Quelle: www.ivanvalente.com.br



sungen zur Agrarreform.

Nach dem Militärputsch von 1964 war de Arruda Sampaio unter den ersten 100 BrasilianerInnen, denen die Militärs die politischen Rechte für die Dauer von zehn Jahren aberkannt haben (Institutioneller Akt Nr. 1). Er ging nach Chile ins Exil, war als Berater der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft FAO tätig, zog in die USA weiter, wo er ein Masterstudium in Agrarökonomie absolvierte, kehrte 1976 nach Brasilien zurück, wurde Professor der Getúlio-Vargas-Stiftung und setzte sich für die politische Öffnung des Militärregimes sowie für die Amnestie politisch Verurteilter ein.

1980 wurde er zum Mitbegründer der Arbeiterpartei PT (Partido dos Trabalhadores), ist Autor der Satzung dieser Partei und Mitinitiator von Gruppen an der Parteibasis. 1986 wurde Plínio zum Bundesabgeordneten gewählt und erhielt mit 64.000 Stimmen den zweitbesten Rang aller gewählten Abgeordneten hinter dem derzeitigen Präsidenten Brasiliens, Luiz Inácio Lula da Silva. Während der verfassunggebenden Versammlung [1987-1988] arbeitete er in vier Kommissionen mit und wirkte als Mitglied der Begleitkommission der Brasilianischen Bischofskonferenz als Bindeglied zur katholischen Kirche. 1987 avancierte er zum Stellvertretenden Vorsitzenden der PT und zu Lulas Nachfolger im Amt des Parteivorsitzenden von 1988 bis 1990.

2003 koordinierte er die Arbeiten einer Kommission, die für die Ausarbeitung des II. Nationalen Agrarreformplanes verantwortlich war. Doch diese scheiterte am Widerstand der „Democracia Socialista“, einer Strömung innerhalb der PT, sowie an den für die

Wirtschaftspolitik zuständigen MinisterInnen der Regierung Lula. 2005 sagte er sich von der PT los, weil er mit deren Politik nicht mehr einverstanden war. Im gleichen Jahr trat er der PSOL bei. Plínio de Arruda Sampaio, heute 78 Jahre alt, ist seinen politischen Überzeugungen stets treu geblieben. Heute ist er Vorsitzender des Brasilianischen Vereins für die Umsetzung der Agrarreform ABRA.



RUNDER TISCH BRASILIEN



in Kooperation mit:



Weitere Informationen auf unserer Website: www.kooperation-brasilien.org

IMPRESSUM

Herausgeberin: Kooperation Brasilien - KoBra e.V., Freiburg im Breisgau, V.i.S.d.P.: Kirsten Bredenbeck
 Redaktion: Alexandra Nitz, Almute Heider, Gislene Lima, Jürgen Stahn, Kirsten Bredenbeck, Lena Merle Keller, Meike Bischoff.
 Layout: Fabiana Cenzi
 Redaktionsschluss: im Regelfall 30. eines Monats.
 Erscheinungsweise: jährlich 10 Ausgaben, davon 2 Doppelnummern. 2. Auflage: 300-375
 Jahresabo: 16 Euro für Mailbezug, 20 Euro für Bezug per Post
 Bezug: KoBra - Kooperation Brasilien e.V., c/o iz3w, Kronenstraße 16a, 79100 Freiburg i.Br.,
 T 0761-600 69-26, F -28, kooperationbrasilien@googlemail.com, www.kooperation-brasilien.org

